

Arbeiter-Zeitung

Ausg. A. 14. Jahrgang Nr. 27
Sonntag, 12. Febr. 1932

Wochen-Ausgabe 10

Abbestellungspreis: 1,25 RM. + 20 Pf.
Durch die Post bezogen
Anzeigenpreis: Die dreizehntägige
Anzahl 12 Pf. Vereins- u. Be-
sonderspreis: Die dreizehntägige
Anzahl 70 Pf. — Annahmestelle in der
Gartenstraße 10, 1. Etage, in den Stunden von 10 bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptvertrieb: Breslau 10, Kreuzberg Straße 50. Fern-
sprecher 400 20. Vertikaldruck: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kreuzberg Straße 50 (Borden-
haus), Fernsprecher 430 02. Erscheinungstag: Montag bis
Freitag von 17-18 Uhr. — Verlagsort: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreuzberg
Straße 50. Fernsprecher 400 20.

Die Faschisten müssen weichen!

Deffentliche Naziverammlung von der klassenbewußten Arbeiterchaft vollkommen beherrscht Für den roten Arbeiterkandidaten! — Protest gegen den faschistischen Doppelmord in Saarau Polizei räumt unter dem Gesang der „Internationale“ den Saal

Langenbielau, 13. Februar. Die gestern abend im „Deutschen Haus“ abgehaltene Versammlung der NSDAP. war völlig von der klassenbewußten Arbeiterchaft Langenbielau beherrscht. Der Genosse Granoske sprach in der Diskussion. Seine Ausführungen wurden begeistert aufgenommen. Die Versammlung wurde zu einer Protestkundgebung gegen den faschistischen Doppelmord in Saarau. Die einschneidende Resolution gegen den Kandidaten der Reichen, für den

Kandidaten der Armen, für Genossen Ernst Thälmann, wurde begeistert angenommen.
Die Polizei räumte unter dem Gesang der „Internationale“ den Saal. Die Langenbielauer Arbeiterchaft — sozialdemokratische, christliche, parteilose und kommunistische Arbeiter — hat den Faschisten den Saraus gemacht. Sie haben begriffen, daß man nun endlich in der roten Arbeiterfront den schärfsten Kampf gegen den Faschismus führen muß.

Um was es bei den Präsidentenwahlen geht

Die Rebel verflüchtigen sich. Trotz aller Manöver — Schein-Angriffe „gegenseinander“, eventueller Aufstellung eigener Kandidaten im ersten Wahlgang usw. — wird es klar sichtbar, daß die ganze faschistische Front von der SPD. bis zur NSDAP. die Wahl Hindenburgs zum Präsidenten betreiben. Eifrig aber sind jedoch die Weis und Hitler bemüht, die entscheidenden Absichten und Ziele der Hindenburgaktion mit neuem Rebel zu verhüllen. Die Massen sollen, so möchten es der „Vorwärts“ und der „Angriff“, nur den Stimmzettel und die Abstimmungstage, die erste und die zweite Wahl, sehen und nicht merken, was vorher, nachher und währenddessen das Kapital in den Betrieben und Stempelstellen, in den Städten und Dörfern gegen die Arbeiterklasse und die wertvollen Massen durchführt will.

5000 Bergarbeiter werden brotlos

Massenkündigungen bereits ausgesprochen — Alarm an die Kampfausschüsse — Bergkumpels, kämpft gegen Massenentlassungen, für die Siebenstundenschicht bei vollem Lohnausgleich!

Hindenburg, 13. Februar. Es wird mitgeteilt: Die Gesamtförderung von Kohlen ist von 1270 824 Tonnen im Dezember auf 1244 336 Tonnen im Januar zurückgegangen. Trotzdem haben sich die Haldbestände von 818 000 auf nahezu 900 000 Tonnen erhöht. Die Grubenverwaltungen schreiten diesbezüglich zu scharfen Einschränkungsmaßnahmen. Die Zahl der Freierschichten im Januar hat für die produktive Leistung 5-6 betragen, sie stieg auf mehreren Gruben auf 8, bei einer Grube sogar auf 9 Freierschichten.

raub und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen tritt die reformistische Bürokratie und die Anstaltsarbeiterinternationale in allen Ländern zu neuen Betrugsmanövern auf.

Zur Zeit legen manche Gruben bereits drei Freierschichten wöchentlich ein

Sozialisierungsschwindel in Deutschland

In Deutschland, wo die Empörung der Bergarbeiter nach dem letzten vollzogenen Lohnraub im Januar außerordentlich groß ist, ist selbst die christliche Bürokratie gezwungen, Betrugsmanöver durchzuführen. Aus einer Konferenz der Vertrauensleute des christlichen Gewerksvereins forderte der Vorsitzende Imbusch, der gleichzeitig Vorsitzender der christlichen Bergarbeiterinternationale ist, neben der Einsetzung einer Kommission zur Feststellung der Selbstkosten die

Überführung des Bergbaus in den Besitz der Allgemeinheit
Auch das ist nur ein Betrugsmanöver, denn Imbusch sowie sein Freund Quisemann wissen, daß, ohne daß die Arbeiterklasse im Besitz der wirtschaftlichen und politischen Macht ist, eine Überführung des Bergbaus in den Besitz der Allgemeinheit nicht möglich ist.
Die Quisemannier setzten sich aktiv für das Krümpersystem ein, das im ausschließlichen Interesse der Grubenkapitalisten liegt. Die Bergkumpels sind die Betrogenen.
Die Werttätigen hungern nicht nur, sie frieren auch noch, trotz der großen Haldbestände. Die Unternehmer lassen lieber die Kohlen auf den Halben verbrennen, als daß sie sie den Armen der Armen geben.
Die oberschlesischen Bergarbeiter dürfen die Massenentlassungen nicht ruhig hinnehmen. Der Kampf muß auf breiter Basis organisiert und geführt werden. Auf den Schächten, wo noch keine Kampfausschüsse bestehen, sind solche sofort zu wählen.

Zu ganzen ist damit zu rechnen, daß im Laufe der nächsten Wochen annähernd 5000 Arbeiter entlassen werden.

Sozialismus, der einzige Ausweg

Der einzige Ausweg, den die Bergarbeiter aus der Krise haben, ist der Weg zum Sozialismus. Der Aufstieg der Sowjetunion, der wachsende Wohlstand, die vollkommene Beseitigung der Arbeitslosigkeit zeigen jedem Bergarbeiter, daß nur der Sozialismus Arbeit und Brot schafft. Die russischen Bergarbeiter, die in heldenhaftem revolutionären Kampfe die Bergwerke den Kapitalisten abgenommen und die Grubenherrn verjagt haben, sie waren imstande, die Siebenstundenschicht einzuführen und ihre Löhne fortgesetzt zu erhöhen. Diesen Weg muß auch die deutsche Bergarbeiterchaft gehen!

Die seit einigen Tagen eingetretene scharfe Kälte könnte gewisse Hoffnungen auf eine vorübergehende Besserung des Kohlenmarktes erwecken. So hat sich eine gewisse Besserung anscheinend bei dem Landabfuhr bewerkbar gemacht. Aber selbst eine Frostperiode von mehreren Wochen würde die Lage der westerschlesischen Kohlenindustrie nicht durchgreifend ändern, da so ungeheure Bestände auf den Halben liegen, wie noch niemals zuvor.

Für den roten Arbeiterkandidaten!

Die Parteien von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten feilschen untereinander, wer Reichspräsident werden soll! Für die arbeitenden Schichten steht auch im Wahlkampf die Frage des revolutionären Massenkampfes
Klasse gegen Klasse!
Der Wahlkampf muß zu einer gewaltigen außerparlamentarischen Massenaktion gegen Notverordnungsbildung, Lohn- und Unterstützungsbau, für ein freies sozialistisches Deutschland werden. Der rote Arbeiterkandidat, der Genosse Thälmann, ist der Vorsitzende der kommunistischen Partei Deutschlands, jener Partei, die die Kämpfe der Arbeiterklasse organisiert und führt, die überall die Interessen der Arbeiterklasse ernsthaft wahrnimmt. Und deshalb werden sich auch die Bergarbeiter für Ernst Thälmann, gegen die „Eiserne Hindenburg-Front“ entscheiden.

Waldburg, 13. Februar. Die Verwaltung der Rütchenkeiner Gruben hat sich infolge der schlechten Abfuhrlage genötigt gesehen, 98 Bergarbeitern die Kündigung zuzustellen.

Das Grubentapital begründet seine Angriffe mit der Notwendigkeit der Einschränkung der Produktion infolge der Kohlenkonkurrenz, die von der englischen Grubenmagnaten ausgeht wird. Die englischen Grubenunternehmer, die auf Grund der Entwertung des Pfundes in der Lage sind, größere Kohlenmengen auf die europäischen Märkte zu bringen, drohen aber den Bergarbeitern gleichzeitig mit Herabsetzung der Löhne und organisieren jetzt schon im Bunde mit der reformistischen Bürokratie der Bergarbeiterföderation Großbritannien die Selbstbehaltung der achtstündigen Schichtzeit. Als Folge dieser Zustände tobt in allen Ländern ein

Um was geht es?

Die Katastrophe der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands nimmt ihren Fortgang. Alles auf die Massen abwälzen, Auswege auf Kosten der Massen suchen, sie von der Gegenwehr abhalten, sie verwirren und vor den Wagen des Kapitalismus spannen — das ist das A und O der Politik der Bourgeoisie, ihrer Regierung und ihrer sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Prokuristen. Eine neue Offensive der Unternehmer und des kapitalistischen Staates setzt auf der ganzen Linie ein. Der „allerletzten“ sterten Notverordnung ist die über die Lohnerhöhung gefolgt. In den Betrieben werden durch alle möglichen Methoden die Löhne noch über die 10-15prozentige Januarsteigerung hinaus weiter gesenkt. Allein im Ruhrbergbau werden je 5000 Arbeiter entlassen für jeden der beiden Halbmonate des Februar und März angekündigt. Das Reichskabinett will sich in einer der nächsten Sitzungen auch mit der „Sozialreform“ beschäftigen. Es soll eine „Vereinheitlichung“ der Erwerbslosenunterstützung erfolgen, worunter die Herabsetzung auf den Stand der Wohlfahrtsfälle zu verstehen ist. Auch in der Sozial- und Unfallversicherung sind außerordentliche Verschlechterungen beabsichtigt. Die Großkapitalisten verlangen neue Zölle auf Oel und Getreide, durch die die Margarine und Butter verteuert wird. Dazu kommen andere, weittragende Pläne, die in den Wirtschaftsteilen der bürgerlichen Presse, gepulst mit Fachausdrücken und Fremdwörtern, die die Arbeiter nicht verstehen sollen, „zunächst diskutiert“ werden. Die Ereignisse im Fernen Osten, der Krieg Japans haben die deutschen Kapitalisten aufhorchen lassen. Der Chemikerüberblickt schon die möglichen Kriegsgewinne die Hamburger Reeder lassen die Gelegenheit nicht ungenutzt vertreiben und münden nichts Schöneres als offene Munitionstransporte in größtem Ausmaße. Und hinter den Kulissen erörtern die deutschen Imperialisten — nicht zum erstenmal seit 1918 — ob der Zeitpunkt für gemeinsame Interventionen mit den Ententestaaten gegen die Sowjetunion schon günstig und rentabel ist.

Diese wirtschaftliche Offensive gegen die Arbeiterchaft, die imperialistischen Treibereien werden getragen von allen bürgerlichen Parteien, an der Spitze das Zentrum, neben ihm als seine Hauptstütze die SPD. und dazu die Naziaktion. Der Ausdruck dieser außerparlamentarischen Klassenfront der kapitalistischen Kräfte ist die von ihnen gemeinsam betriebene Kandidatur Hindenburgs. Das deutsche Kapital und seine Helfer präsentieren ihre Gesamtinteressen in Hindenburg. Die Kampagne für Hindenburg hat den Zweck, möglichst viele Arbeiter und Angestellte, Kleinwerbende und Kleinbauern ins Lager des Kapitals zu führen. Statt sich gegen die außerparlamentarische Offensive der Ausbeuter zu wehren, sollen die Arbeiter mit ihren Klassenfeinden gemeinsam „Es lebe Hindenburg!“ rufen und dabei Sozialabbau und Kriegspolizei schlucken, willfährig Hunger und Elend auf sich nehmen. Die „Volksgemeinschaft“ um Hindenburg soll die Klassengegnerschaft verwickeln und den proletarischen Klassenkampf unterbinden.

So ist die Propaganda und Wahl Hindenburgs in Wirklichkeit für die Bourgeoisie der Partei ihrer Angriffe gegen die Arbeiterklasse.

So muß auch für die Arbeiterchaft, soll sie nicht unterliegen, die außerparlamentarische Gegenaktion das entscheidende sein. Ihr Gegenkräfte zur Abwehr des Lohn- und Sozialabbau und der imperialistischen Gefahren entfaltete die Arbeiterklasse nicht durch die Abgabe eines Stimmzettels, sondern in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in Massenversammlungen und Aufmärschen. Der Ausdruck ihrer

Zoll- und Konkurrenzkampf um die Absatzgebiete

Alle Kosten dieses Kampfes werden auf die Schultern der Bergarbeiter abgewälzt.
In dieser Situation des Kampfes der Bergarbeiter gegen Lohn-

Machtvolle Erwerbslosen-Kundgebung in Breslau

(Siehe im Innern des Blattes)

Massenwillens in die rote Präsidentschaftskandidatur Thälmann! Die Proletarier kämpfen unablässig für ihre Interessen und propagieren und organisieren die Stimmabgabe für ihren Kandidaten als Vorkämpfer in diesem Kampf. Nicht im entferntesten steht die Frage, ob der rote Kandidat auf Grund der Papierstimmen am Abstimmungstage Präsident wird. Es geht vielmehr darum, daß die Millionen, die für Thälmann stimmen, damit ihren Willen bezeugen, durch ihre Geschlossenheit und Entschlossenheit im außerparlamentarischen Klassenkampf ihre Forderungen durchzusetzen. Formulierung der roten Einheitsfront, ununterbrochener, gesteigerter Massenkampf, manifeste Kampfstrategie durch die Stimmabgabe für Ernst Thälmann als Kampferklärung an die Bourgeoisie, das ist die zum Erfolg und zum Sieg führende Politik der Proletarier.

Das ist es auch, wovor die Kapitalisten und ihre Agenten zittern. Sie wissen ganz gut, daß die Millionen des Proletariats, unter ihnen hunderttausende sozialdemokratische Arbeiter, in den Hindenburg und Thälmann zu wählen verstehen werden — zu wählen nicht allein im Sinne des Abstimmens, sondern in jeder Hinsicht im Sinne der Entscheidung für den außerparlamentarischen Klassenkampf. Nichts fürchten die Duisberg, Gröner, Veinart, Ambulch, Goebbels mehr als die außerparlamentarische Kraftentfaltung der Arbeiter im Zeichen der roten Kandidatur Thälmanns. So ist es zu verstehen, wenn der „Vorwärts“ vom 10. Februar im Namen der Hindenburgfront den Leitartikel von den „Feinden im Rücken“ schrieb, der in dem Schreien schreift, daß die Kommunisten

„die Patole ausgeben, daß ihre Wahlagitatio n gleichzeitig zum außerparlamentarischen Kampf führe... Sie wollen während des Wahlkampfes Teilstreiks organisieren als Hebel zu politischen Massenstreiks, Lohnstreiks mitten während des Wahlkampfes.“

Die Pointierung der jüdischen Front ist somit: daß es gelingt, die Massen durch allerlei Manöver um Hindenburg zu sammeln, und so leichter außerparlamentarisch weitere, soziale Verschlechterungen in größtem Ausmaß und imperialistische Maßnahmen durchzuführen.

Demgegenüber ist die Stärke der roten Einheitsfront: Im außerparlamentarischen Kampf für ausreichenden Lohn und Unterbringung, für die Verteidigung der U.S.S.R., für Brot, Arbeit und Freiheit in einheitlicher Klassenfront vorwärts zu marschieren — die Millionenzahl von Stimmen für den roten Klassenkandidaten Thälmann als Ausdruck proletarischen Kampfwillens und proletarischer Siegesentschlossenheit.

Konkret besteht die außerparlamentarische Kampagne der Arbeiterklasse darin:

1. Stellungnahme und Beschlussfassung in den Betrieben, Stempelstellen, Büros usw. für alle, für die Klein- und großen, wirtschaftlichen und politischen, proletarischen Forderungen. Sowie gegen Lohnabbau, Kampf gegen Sozialabbau, Beobachtung der Kriegstransporte.

2. Bildung von Einheitsausschüssen, bestehend aus kommunistischen, sozialdemokratischen, parteilosen und bisher von den Nazis itzgeführten Proletariern, deren Aufgabe die Sammlung der Massen, die Propaganda und die Wahlhilfe, die Massenmobilisierung ist.

3. Aufbau und Ausbau der antifaschistischen Gruppen des roten Massenbewusstseins in den Betrieben und Arbeiterpartei.

Außerparlamentarisch lassen alle Entscheidungen, werden alle Erfolge errungen. Die Millionen der Ausbeuterklasse, leben im Zeichen Hindenburgs. Die außerparlamentarischen Organismen, die Erfolge und der Sieg der Arbeiterklasse stehen im Zeichen der roten Einheitsfront und der roten Arbeiterkandidatur Thälmanns.

Protest gegen Naziüberfall

Breslau, 13. Februar. (Eig. Drahtber.) Seitern abend fand im Süden Breslaus im „Nagerhof“, eine von der KPD einberufene öffentliche Versammlung zur Reichspräsidentenwahl statt. Die Versammlung brachten durch Selbstschuldungen von Thälmann für den roten Kandidaten zum Ausdruck. Ferner hat am Dienstag abend folgende Resolution der Nazis auf revolutionäre Arbeiter, wurde folgende Resolutionen angenommen:

„Die am 12. Februar im „Nagerhof“ versammelten Arbeiter und Frauen protestieren auf das Schärfste gegen den am Dienstag durchgeführten Überfall der nationalsozialistischen Kandidaten auf revolutionäre Arbeiter und geloben sich einzutreten in die antifaschistische Kampffront.“

Die Bildung von proletarischen Selbstschutzeinheiten muß sofort in den Betrieben und Stempelstellen organisiert werden.

Wir rufen die Arbeiter des Stadtwirks Süd auf, sofort den Massenbewusstsein zu organisieren.

Nicht die „Eiserne Front“, sondern die rote Arbeiterfront wird den Faschismus besiegen!“

Neue Offensive der Japaner

Genf, 12. Februar. (Eig. Drahtber.) Die Vertreter Japans haben den Regierungen von Frankreich, England und Amerika mitgeteilt, daß die letzten in Shanghai vorgenommenen Operationen mit der Niederlage der japanischen Truppen geendet haben und daß es daher Japan als unumgänglich halte, zur Wiederherstellung des Ansehens sofort die Offensive zu ergreifen. Daraufhin hat der Weltbundrat in Genf die von China geforderte außerordentliche Sitzung abgelehnt mit der Begründung, man habe kein allgemeines Einverständnis, daß für den Fall im Augenblick kein Anlaß zur Einberufung der Versammlung vorliege.

Neue Artillerie-Angriffe auf Wufung-Forts

Schanghai, 12. Februar. (Eig. Drahtber.) Die Artillerie-Angriffe der Japaner auf die Wufung-Forts haben am Freitag erneut begonnen. Nach stundenlangem Bombardement und Beschädigung der Forts mit Hochgeschwindigkeit begann der Sturm auf die Forts. Die Japaner haben mehrere Stützpunkte von Schanghai befreit, auch die chinesische Universität bei Leifeng, aber falls die Chinesen nicht räumen, bombardiert werden. In Canton wurde der Belagerungsstand verhängt, weil man eine baldige Befreiung der Stadt durch japanische Truppen befürchte. In Wuhu wurde der Belagerungsstand verhängt, da japanische Marine die Stadt zu besetzen drohte. Von Kuna-Indien ist ein neues Regiment englischer Infanterie Freitag nach Schanghai abgegangen.

Stärkt den Kampffonds der KPD!

Organisiert die Massenversammlungen für den Kampf Klasse gegen Klasse!

Arbeiter, Werktätige in Stadt und Land!

Die Notwendigkeit, den entschiedenen Kampf der Arbeiterklasse und aller Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen die brutale Notverordnungsdiktatur des Kapitals zu führen, stellt die Kommunistische Partei, die Partei der Arbeiterklasse vor neue, große Aufgaben. Mit der Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und der anderen Schichten des arbeitenden Volkes wächst der Wille des Proletariats zum Kampf gegen die kapitalistische Hindenburgfront Brüning-Severing-Hitler.

Gleichzeitig aber entfaltet die Bourgeoisie, die sozialdemokratische Partei und die Nationalsozialisten eine verstärkte Aktivität, um das arbeitende Volk über den wahren Charakter der brutalen Ausbeutung und Unterdrückung zu täuschen. Diesem Zweck dienen vor allem die bevorstehenden

Präsidentenwahlen und die Wahlen zum Preussischen Landtag.

Die bürgerliche, sozialdemokratische und nationalsozialistische Presse ist in einheitlicher Front bemüht, dem Klassencharakter dieser Wahlen zu verschleiern, die „Volksgemeinschaft“ der Ausgebeuteten mit den Ausbeuteten zu propagieren und die Hege gegen die Kommunistische Partei, der einzigen revolutionären Partei der Arbeiterklasse, zu verstärken.

Die SPD. versucht durch die „Eiserne Front“, die nur ein schäbiges Wahlmanöver ist, die Arbeiter von dem entscheidenden Kampf gegen die Notverordnungsdiktatur, gegen die Brüning-Gröner-Regierung und ihre Stütze, die Braun-Severing-Regierung in Preußen zurückzuhalten, den Kampfwillen der Massen gegen den Faschismus in eine Unterstützung der Diktatur des Großkapitals umzubiegen, während die Nationalsozialisten durch den gesteigerten Terror ihrer Mordabteilungen die Arbeiterklasse einzuschüchtern versuchen.

Hinter der Sozialdemokratie und den Nationalsozialisten steht die ganze Kapitalistenklasse mit ihrem Macht- und Staatsapparat. Die Finanzkapitalisten stellen der „Eiserne Front“ und den Nationalsozialisten die Gelder zur Verfügung, die sie durch den Lohnabbau, durch den Abbau der Erwerbslosenunterstützung usw. den Arbeitern genommen haben.

Eine Schlammjagd der Lügen und Verleumdungen wird die bürgerliche Presse, die Sozialdemokratie und die Nationalsozialistische Partei in den nächsten Wochen mit Hilfe der Gelder der Kapitalisten über die Arbeiter in Stadt und Land ergießen. Sie werden alle Kräfte mobilisieren, um zu verhindern, daß alle Ausgebeuteten und Unterdrückten sich unter der Führung der Kommunistischen Partei zum Kampf gegen die Notverordnungsdiktatur und ihre sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Stützen zusammenschließen. Sie werden alles tun, um die Herrschaft der Reichen über die Armen zu sichern.

Der Berliner Polizeipräsident droht mit

Versammlungsverbot gegen die KPD!

Berlin, 13. Februar. (Eig. Drahtber.) Am Donnerstag wollten die Berliner Nazis in 23 Versammlungen die Erwerbslosen für die parlamentarische Politik ihrer Partei einsparen. Die Berliner Erwerbslosen gaben diesen Kalaien der Thöffen und Barfig eine klare ablehnende Antwort. Der überwiegende Teil der Versammlungen fand unter Ausschluss der Erwerbslosen statt. Die SA-Banden blieben unter sich. Ein Teil der Versammlungen wurde von den Erwerbslosen, als die Nazis sie tödlich angriffen, vorzeitig beendet. Diese Tatsache hat der sozialdemokratische Polizeipräsident Orzelski zum Anlaß genommen, um in einem Schreiben an die Kommunistische Partei ein allgemeines Versammlungsverbot für die KPD. anzudrohen. Dieses Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Der Polizeipräsident. Berlin, den 12. Februar 1932.
An die
Kommunistische Partei Deutschlands
Berlin C 25
Kleine Alexanderstraße 28.

Die Vorgänge in den letzten Tagen haben erkennen lassen, daß von Seiten Ihrer Parteigebühren planmäßige öffentliche politische Versammlungen anderer Parteien gestört und die Abhaltungen von Versammlungen zum Teil unmöglich gemacht worden ist. Sollten sich diese Vorfälle wiederholen, so sehe ich mich genötigt, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die öffentlichen Versammlungen, die von Ihrer Partei be-

absichtigt werden, vorbeugend zu verbieten. Da erwartet werden kann, daß durch das Abhalten Ihrer Versammlungen weitere Gefahren für die öffentliche Sicherheit eintreten werden.

gez. Orzelski.

Die KPD. Berlin-Brandenburg hat Herrn Orzelski und den „Eisernen Front“ in einem Brief Antwort erteilt, auf dessen Wiedergabe wir aus Notverordnungsgründen verzichten müssen.

Auch an die Nazi hat der Berliner Polizeipräsident ein Schreiben gerichtet, in dem er ein vorbeugendes Versammlungsverbot kündigt. Wozu demnach ist das Schreiben an die Nazi nicht begründet mit den organisierten Überfällen auf die Arbeiterdemonstrationen. Herr Orzelski führt als Begründung an, daß Polizeibeamte in einer Naziversammlung beschimpft wurden. Schon die verschiedenartigen Begründungen für ein Versammlungsverbot beweisen, in welcher Richtung der Sozialdemokrat Orzelski „energisch“ durchgreifen will. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Nazi auf ein allgemeines Versammlungsverbot hinsteuern. Schon die Sprengung der Märchenbrunnen-Versammlung durch die Nazis wies daraufhin, daß die Nazi provokatorische Absicht haben, ein Versammlungsverbot herbeizuführen. Es sei hierbei an die SA-Demonstration gegen den Film „Im Westen nichts Neues“ erinnert, die vom Polizeipräsident zum Anlaß eines allgemeinen Demonstrationenverbotes gemacht wurde. Jetzt sollen die organisierten Versammlungsverboten der Nazis formelle Grundlage zum Versammlungsverbot gegen die revolutionäre Arbeiterklasse geben.

Klassengenossen! Den Bemühungen der Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Helfer, den Kampfwillen der Massen des arbeitenden Volkes in einer Front von Lügen der „Volksgemeinschaft“ usw. zu erlösen, müssen wir unseren Willen, alle Ausgebeuteten und Unterdrückten zum Kampf zu sammeln, entgegensetzen. Die Kommunistische Partei kann dies nur mit eurer Hilfe, mit eurer Solidarität und mit eurer tatkräftigen Unterstützung durchführen.

Um die Massen aufzuklären, braucht sie auch eine finanzielle Unterstützung. Entschloßbarum die Massenaktivitäten. Jede Einheitsausschüsse in den Betrieben, rote Wahlhelfer, organisiert als einen Teil des politischen Kampfes der Arbeiterklasse die Aufbringung der finanziellen Mittel für diesen Kampf.

Stärkt den Kampffonds der Kommunistischen Partei,

organisiert die Massenversammlung, vor allem in den Betrieben, auf den von der Kommunistischen Partei herausgegebenen Sammelheften Klasse gegen Klasse.

Auch der geringste Beitrag, jeder Pfennig, den die Arbeiter von ihrem kärglichen Arbeitslohn oder ihrer Erwerbslosenunterstützung für den Kampffonds der Kommunistischen Partei geben, dient dem Kampf des Proletariats gegen die faschistische Kapitaldiktatur, dem Kampf für das freie sozialistische Vaterland.

40 Pfennig pro Tag zum Leben!

Das sind die Notverordnungen der Brüning-Severing-Hitler-Front

„Der Deutsche“, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, (vom 5. Dezember 1931) rechnet aus, daß nach der 4. Notverordnung einer vierköpfigen Bergarbeiterfamilie nach Abzug der Steuern und der Versicherungsbeiträge, der Ausgaben für Miete, Heizung und Beleuchtung noch 11,29 Mark wöchentlich zum Leben übrigbleibt. Das heißt:

Pro Tag und Kopf 40 Pfennig!

Verantwortlich für diese Zustände ist die Front der Brüning-Severing-Hitler. Als sich die Arbeiter auflehnten gegen den Lohnabbau, als die KPD. und die RGO. aufriefen zum Kampf gegen die weitere Verelendung, da gab es eine Einheitsfront von der „linken“ SPD. — Filiale der Seydewitz — Rosenfeldt bis Hitler, die von „wilden Streiks“ zu „wahnsinniger kommunistischer Hetze“, von „verbrecherischen Streiktreiberberichten“ schrie. Da wurde die Polizei des Sozialdemokraten Severing eingesetzt gegen die Streikenden, da trieben die SPD- und Führer ihre Anhänger zu Streikbrucharbeiten in die Betrie-

Die SPD-Führer haben für alle Notverordnungen gestimmt

Sie haben selbst an der Notverordnung mitgearbeitet und sich dessen noch gerühmt. Die Nazis führen haben die Notverordnungs politik der Bourgeoisie unterstützt, indem sie den blutigen Terror gegen die kämpfenden Arbeiter organisierten.

Gegen die Harzburger Front, gegen die „Eiserne Front“ der SPD-Führer, die Front der Notverordnungen und des Lohnabbaues, die kapitalistische Front der Brüning-Severing-Hitler kämpft die rote Einheitsfront, die Front des roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann. Der Kampf für den roten Arbeiterkandidaten ist der Kampf gegen Lohnabbau und Entlassungen, der Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit. Deshalb gehört jeder Arbeiter und jede Arbeiterin in die Front der roten Wahlhelfer

für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann!

Ein Nazi-Dieb als Kronzeuge des Staatsanwalts

Nazi-Müller als Straßendieb entlarvt — Ehrliche Naziarbeiter kommen zur roten Front

Görlitz. In sehr reichlichem Maße ist der revolutionären Arbeiterschaft von Görlitz das berufsmäßige Straßentum des Nazimann Müller bekannt. Bist es gegen Arbeiter Massenurteile zu fällen, so tritt er als Kronzeuge des Staatsanwaltes Freisig auf. Viele ehrliche Arbeiter haben auf Grund der „sehr glaubhaften“ Aussagen dieses Verächters mehrere Monate Gefängnis abzuhinnehmen. Daß der Staatsanwalt Freisig sich bei der Anklagevertretung fast immer auf den „Dauertatbestandszeugen“ (Müller) stützt, ist bezeichnend für seine politische Einstellung. Weisen es doch schon die Epochen von den Dächern, daß er ein starker Verfechter des Nazi-gedankens ist. Praktisch kommt dies auch immer bei der Verurteilung von Massenbewußten Arbeitern zum Ausdruck. Nun hat sich der Gewährungsmann von Br. eine rühmliche Tat auf den Hals geladen, die nicht nur gefahrlos ist, sondern in ihrer Lumpenhaftigkeit das Straßentum der Nazibanden blühartig beleuchtet. Wir beglückwünschen deshalb die Ritter des Dritten Reiches und auch den Staatsanwalt Freisig zu solcher Waffengefährdung. Der Tatbestand ist folgender:

Der Nazimüller hatte bei der letzten Anzeigung der Unter-sicherung im „evangelischen Vereinshaus“ beobachtet, wie ein Blinder seine Unterstüßung in Empfang nahm und in die Tasche steckte. Sofort ging bei M. der Gedanke auf „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ und stahl auf freche Art dem Blinden das Unterstüßungsrohr aus der Tasche. Doch hatte er diesen Griff ohne den Wirt gemacht, denn Germerblose sahen diesem Lumpen auf die Finger und konnten ihn, ehe er verdarbte, festhalten. Eine gute proletarische Tracht Prügel wurde ihm verabreicht. Durch das Erscheinen der Polizei wurde diese Nazi-pflanze einer weiteren Tracht entzogen. Müller wurde mit auf die Wache genommen. Nach Feststellung der „Heldentat“, wie sie im Dritten Reich wohl gang und gäbe werden soll, wurde er auf freien Fuß gesetzt. Wir sind gespannt wie ein Heubelbogen, was der Staatsanwalt zu dieser „Heldentat“ sagen wird und welche Strafe

er beantragt. Es wäre nicht zu verwundern, wenn in diesem Falle, weil es ein Nazi ist, mit einem Freispruch oder mildem Urteil das Gericht die Sache erledigen würde. Wir werden jedenfalls Augen und Ohren offen halten!

Es ist eine längst bewiesene Tatsache, daß typische Verbrechertaturen in der NSDAP nicht nur gehalten, sondern für ihre „rühmlichen“ Taten noch belohnt werden. Wenn es trotzdem noch ehrliche proletarische Elemente in diesen Reihen gibt, die einen Nazimüller schon längst als das erkannt haben, was er in Wirklichkeit ist, nämlich ein Straßendieb, so werden sie den Nazis jetzt den Rücken kehren. Da die Unehrlichkeit in den Führerreihen der Nazis zum Prinzip geworden ist und diese Seite die Oberhand gewonnen hat, ist es zu verstehen, daß die ehrlichen Elemente unterdrückt werden. Im Falle Müller kommt dies deutlich zutage, indem gesagt wurde:

„Ja, wir würden Müller schon längst erledigt haben, aber wir haben Angst, daß er dann zu den Kommunisten geht und dort allerhand Dinge erzählt, die blühartig das wahre Gesicht der Nazi zeigen! Müller hat sehr viel Einsicht bis in die führenden Stellen gehabt!“

Nazi-anhänger, merkt ihr was? Wir können den Angehörigen aber versichern, daß solche Brut bei den Kommunisten keine Aufnahme findet. Anders ist es, wenn einer aus diesen Reihen die Verrats-politik der Nazis erlernt hat, ihnen den Rücken kehrt und als ehrlicher Massenkämpfer zu uns kommt. Ihr nehmen wir... zeit auf. Für die Arbeiterschaft entsteht die Aufgabe, nicht zu essen und zu rauchen, um durch Aufklärungsarbeit die ehrlichen Elemente von den Nazis loszulösen und sie in die Front des Massenbewußten Proletariats zu führen. Nur durch die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse wird es möglich sein, den entscheidenden Schlag gegen den Kapitalismus und seine Helfershelfer zu führen.

Normiert die rote Einheitsfront!

Der Siedlungsschwindel im Stadtparlament

Görlitz. Unter dieser Losung stand die Stadtverordnetenversammlung in Görlitz. Zu Beginn der Sitzung wurde dem Oberbürgermeister Tschamer das Wort erteilt. Zunächst hörte und sah man von diesem nichts. Er ließ — wie ein „Großer“ — auf sich warten. Endlich erschien er und hielt einen informativsten Vortrag über die Finanzlage der Stadt, die ein ziemlich trostloses Bild bot. Die Aussprache darüber soll erst in der nächsten Sitzung erfolgen. Die Ergänzungswahl für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Ruffler ergab die Wahl unseres Genossen Preuß, und in die Finanz-deputation unseren Genossen Baender, da für diese Deputation auch Reichstagsverordnete gewählt werden können.

Man nahm nun den wichtigsten Tagesordnungspunkt vor: die Siedlungsfrage. Es blieb dem Sozialdemokraten Blum überlassen dieses Experiment in den rosigen Worten zu schildern. Hauptmann Tschander begrüßte diesen Gedanken besonders, weil er mit dazu beitragen wird, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. (!) Er verlangt, daß durch Beschäftigung der Fremdarbeiter abgeholfen (!) werden soll. (Mr. Herr Hauptmann, dann müssen Sie ja ihre Kofferbude zumachen!) Auch der Hausknecht Schulz glaubte, für dieses Experiment Kellern machen zu müssen, damit es aber zu einem Erfolg führe, soll man nicht nur Opfer von den Siedlern, sondern auch Opfer von den „Reichsbürgern“ verlangen. Obwohl Schutz an die Sache selbst nicht glaubt, ist er der Meinung, daß die Erwerbslosen zum Experimentieren gut sind, die Hauptsache, sie werden vom Volkstümlichkeit abgehalten. Mit der Wampe-halb-und-halb-Politik glauben diese „Arbeitervertreter“ den Strom der schwimmenden Felle aufhalten zu können. Aber der Stadtvater hatte den Mut, das wahre Gesicht dieser Siedlungen anzugehen und sie als das, was sie wirklich sind, zu kennzeichnen.

Nur der Vertreter der Kommunisten, der Genosse Preuß, wies an Hand von Zahlenmaterial nach, wie die städtischen Körperchaften bei der Durchführung dieses Experiments auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind. Man verlangt von den Erwerbslosen und Aus-zugeländerten nicht nur ihre Arbeitskraft völlig umsonst, sondern sie sollen für den Vorzug des Bodens mehr Pacht zahlen, als die Landwirte für guten Ackerboden zahlen. P. zeigte weiter auf, daß wenn nun ein Siedler nach drei Jahren nicht als geeignet erscheint, er durch

einen anderen ersetzt wird und für seine Arbeiten keinerlei Entschädigung erhält. Ja, es besteht sogar die große Wahrscheinlichkeit, daß die angepöbelten Erwerbslosen keine Unterstützung mehr bekommen. Schreiben doch selbst bürgerliche Zeitungen hierüber folgendes:

„Besonders abgeschreckt scheinen aber jene Bestimmungen in den Richtlinien des Reichs-Siedlungskommissars gewirkt zu haben, die besagen, daß die Siedler nach einiger Zeit keinerlei Unterstützung aus öffentlichen Mitteln mehr erhalten!“

Nun, die Proleten werden sich dies merken. Hinter diesem Siedlungs-schwindel stecken sonderbare Hintergründe. Man will nicht die Erwerbslosigkeit bekämpfen. Vielmehr sollen dadurch viele aus der Erwerbslosenversicherung auf „eine Art“ ausgeschickt werden. Weiter soll mit der Arbeitskraft der Erwerbslosen kostenlos brach liegendes Land urbar gemacht werden. Wenn es der Behörde paßt, werden sie von der Scholle gepackt mit der sachlichen Begründung „nicht geeignet“. Genosse Preuß lehnt diese Vorlage ab, weil sie eine ganz gemeine Ausbeutung der Erwerbslosen darstellt. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde die Vorlage angenommen.

Wir warnen alle Erwerbslosen vor diesem Experiment, zu dem man Dumme sucht. Nützlicher ist nur der Kapitalismus. Nach Erledigung einiger anderer kleiner Vorlagen und der Beantwortung einer Anfrage fand diese Sitzung ihr Ende. Auf die Beantwortung der Anfrage der Kommunisten wegen der „Müßiggänger-abhängen des Stahlhelms in der Reichswehr“ kommen wir noch zurück.

Unser Vormarsch in Penzig nicht aufzuhalten

Görlitz. Die „Görlitzer Volkszeitung“ vom 6. Februar läßt sich brei über eine Buchwitz-Versammlung der „Eisernen Front“ in Penzig. Besonders „ehrlich“ ist es, wenn man von Störungen der Kommunisten schreibt, während es eine Tatsache ist, daß während der Rede von Buchwitz eine musterhafte Ruhe herrschte. Erst bei den Diskussionsausführungen anderer Re-

ferenten bemerkten sich die Schufe wie eine Horde unbillig-plinierter Schuljungen. In der unanständigen und ge-meinsten Weise trafen sie mit bloßen Fingern darauf auf. Es gibt keinen besseren Beweis für die Wahrheit dieser Zeilen, als die Tatsache, daß, als unser Referent die anwesenden Kommunisten aufforderte, sich beim Schlusswort von Buchwitz genau so zu benehmen, wie sich jetzt die Schufe benimmt, der Redaktionsleiter erklärte: „Er würde eine solche Aufhebung nicht bilden.“

Und warum nennt der Schreiber in der „Volkszeitung“ den hore-lebenen Brief des Herrn Adam so schamhaft „Wahmung“, während er in Wirklichkeit die Androhung einer Ermittlung war? Daran wird auch nichts geändert, wenn der Herr Adam nachher in langen Ausführungen sich damit entschuldigt, daß man doch schließlich die Finken aufbringen müsse.

Die Penziger Arbeiterschaft weiß jedoch, wo sie hingehört. Die Tatsache, daß in diesem Jahre bereits mehr als 60 neue Kämpfer sich in die KP. in Penzig eingereiht haben, beweist, daß trotz Ver-leumdungen und Gemeinheiten die KP. in Penzig in stürmischem Vormarsch begriffen ist!

Hungerlöhne im Sägewerk

Konstanz. Daß das Dritte Reich uns Arbeitern als „Paradies“ empfohlen wird und in Wirklichkeit das Gegenteil ist, scheint manchem Arbeiter noch nicht klar zu sein. Einen Beweis dafür liefert uns das hiesige Sägewerk (Pächter Walden), welches erst vor kurzer Zeit in Betrieb genommen wurde. Arbeit kann dort jeder bekommen, wenn er „treudeutscher Gesinnung“ ist. Doch nimmt man es mit der Ent-lohnung nicht so genau. Der Stundenlohn, welcher wahrscheinlich so im Dritten Reich „Standardgemäß“ ist, beträgt 35 bis 38 Pfennig. Doch kann — so meint der Pächter Walden — ein Arbeiter hier trotzdem leicht zu Werke kommen, er braucht ja nur recht viel Über-stunden machen und dockt sogar die Nacht nehmen.“

Einzelne Arbeiter, denen diese Zustände nicht gefielen, wurden einfach entlassen. Einzelne haben dagegen Klage erhoben. Der Herr „Reichsrichter“ wurde angerufen, aber der hat es bekanntlich nicht so eilig. Das sind so richtig Zustände nach dem Beispiel des Dritten Reichs, das den Nazis vorzuziehen.

Arbeiter, es ist höchste Zeit, daß ihr euch besinnt. Ihr seht, daß die Unternehmer alle nur ein Interesse haben, das ist die brutale Ausbeutung der Arbeiter zur Erhöhung ihres Profits. Herr Walden ist einer, der dabei an führender Stelle steht. Arbeiter, darum reißt euch ein in die Klassenfront der revolutionären Arbeiter, welche den Kampf nicht eher aufgeben werden, bis wir uns einen Staat ge-schaffen haben, in dem für die Ausbeuter kein Platz mehr sein wird. Dafür kämpft mit uns gegen den Lohnraub und die Überstunden-schieberei! Nur unter Führung der KP. werdet ihr erfolgreiche Kämpfe für eure Forderungen führen können.

Überfüllte Freidenker-Verammlungen in Landeshut und Haselbach

Am Sonnabend sprach Rektor Fellen in Haselbach und am Sonntagnachmittag in Landeshut. Beide Versammlungen waren vom Deutschen Freidenkerverband organisiert. Der Andrang zu der Ver-sammlung in dem kleinen Haselbach war so stark, daß der große Saal des Gasthauses genommen werden mußte, obgleich er ungeheiß war. Die Stahlhelmer und der Pfarrer Schmidt verließen vergebens die Versammlungen des Freidenker-Verbandes. Die Ver-sammlung war ein voller Erfolg für die revolutionäre Bewegung in diesem ländlichen Orte.

In Landeshut war der Andrang der Besucher so groß, daß viele keinen Platz fanden und umfahren mußten. Dort wurden drei Ent-schiedungen angenommen, von denen wir die Entschiedenheit für die rote Arbeiterfront des Genossen Ernst Thälmann schon mit-geleitet haben. Eine zweite Entschiedenheit wendet sich gegen den Aus-schluss des Genossen Fellen aus dem DFB, und fordert die Wiedereinsetzung in seine alten Rechte. Die dritte geht, gegen alle Widerstände der Sozialdemokratischen Richtung zu nehmen. Die zahlreichen Anwesenden SPD- und SA- Arbeiter und Mitglieder des DFB stimmten geschlossen für alle drei Entschlüsse.

In dieser Versammlung wurde auch ein dreigliedriges Kampf-taktik zur Herstellung und Wahrung der Einheit des proletarischen Freidenkertums gewählt.

Die übrigen Ortsgruppen des DFB im Bezirk Schlesia müssen diesem Beispiel der Ortsgruppe Landeshut sofort folgen. Wenn sich sozialdemokratische Leistungen weigern, dem Verlangen der Mitglieder auf Einberufung einer Fellen-Versammlung nachzukommen, dann muß dies die Opposition von sich aus tun.

Das ist der neue Typ,

für Sie geschaffen.

In aller Herren Länder kennt man ihn, nur Deutschland ging bisher daran vorbei.

Das unbeschreibliche Vergnügen des Hohlmundstückes hat jetzt auch der deutsche Raucher.

Schluß mit der Qualitäts-Verminderung durch sogenannte billige Zigaretten.

Dann lieber eine halbe Fünf-Pfennig-Zigarette zu 2 1/2 Pfg. mit doppeltem Genuß und gründlichem Verbrauch mit Hilfe des Hohlmundstückes.

Bulgaria Rekord 2 1/2 Pfg.

Der neue Typ mit Hohlmundstück

G r o ß f o r m a t

Die Hungerarmee formiert sich

Ueberfüllte Massenkundgebung — SPD. zeigt den Ausweg aus Elend und Not — „Einheitsfront“-Manöver der SAP. und SPD. erneut entlarvt — SPD., SAP.- und parteilose Arbeiter für rote Einheitsfront!

Breslau, 10. Februar.

Breslau. Gestern vormittag fand um 10 Uhr im großen Schießwerberaal eine vom Erwerbslosenausschuß Breslau einberufene Erwerbslosen-Kundgebung statt. Der Saal und die Galerie waren bis auf den letzten Platz überfüllt. In dieser Kundgebung sollte von den Verwaltungsstellen Rechenschaft gefordert werden darüber, warum die im Parlament bereits angenommenen Forderungen der Erwerbslosen nicht durchgeführt werden. Das Thema, zu welchem der gemahregelte rote Betriebsrat der Haase-Brauerei, Genosse Schubert, sprach, lautete deshalb: „Unsere Forderungen im Stadtparlament sind angenommen, wann gebeknt der Regierungspräsident dieselben zu erfüllen.“ Der Erwerbslosenausschuß hat, nicht etwa in dem Glauben, daß durch diese Kundgebung die berechtigten Forderungen der Erwerbslosen erfüllt werden, verschiedene Instanzen, wie den Regierungspräsidenten, den Magistrat, die Stadtratsordnungsfraktionen sämtlicher Parteien dazu eingeladen, sondern dadurch den erwerbslosen Kollegen den Beweis führen können, daß die behördlichen Instanzen wenig Interesse daran haben, auch nur die allernotwendigsten Bedürfnisse der hungernden und frierenden Massen zu befriedigen. Es war auch vorausichtlich, daß die eingeladenen Stellen zu dieser Generalabrechnung vor den Arbeitslosen nicht erscheinen werden, aber immerhin ist es interessant genug, zu hören, mit welchen Ausflüchten sich die Herren von ihrem Fernbleiben entschuldigen. So sind zum Beispiel der Regierungspräsident und der Oberbürgermeister Wagner, mit ihren „warmen“ Herzen für die Erwerbslosen, dienstlich verreist, und der Stadtrat Tilgner ist in diesem Falle nicht kompetent für den Magistrat. (?!). Auch zwei Mitglieder der eingeladenen Nazi-Fraktion „entschuldigen“ sich damit, daß sie als staatliche Beamte nicht die Möglichkeit hätten, sich politisch zu betätigen, und der Dritte könne in öffentlichen Versammlungen nicht sprechen; sie wollten aber einen Ersatzvertreter schicken, der sich jedoch auch schied.

Nachdem Genosse Riefewetter die Verlesung eröffnet und obige Dinge bekanntgegeben hatte, nahm der Genosse Schubert das Wort zu seinen Ausführungen. Er wies darauf hin, daß ein neuer ungeheurer Angriff auf die Lebenssituation der Erwerbslosen mit Hilfe der sozialdemokratisch-nationalsozialistischen Stützen der Bourgeoisie geführt wird. Mit Hilfe der Notverordnungen soll der rechtliche Anspruch auf die Erwerbslosenunterstützung vollständig beseitigt werden. Die Unterstüßungen sollen auf die Höhe der jetzigen Wohlfahrtskassen herabgesetzt und die Bedürftigkeitsprüfung für jeden Erwerbslosen verschärft werden. Mit einer „Herz-Jesu-Suppe“ sollen die hungernden Massen abgeseift werden. Der Landrat des Landkreises Breslau hat bereits neue Angriffe auf die Kollektenden unternommen, indem er die Unterstüßungskasse rigoros herabsetzt und erklärt, daß

1,25 Mark für einen Erwerbslosen wöchentlich

ausreichend wären, um sein Leben fristen zu können. Geradezu klandestoll sind die Argumente für seine Haltung, wenn er erklärt, daß die Erwerbslosen ihr Geld in Zigaretten und Schnaps anlegen.

An diesen Beispielen läßt es sich deutlich erkennen, wohin der Weg der herrschenden Klasse führt, die mit Hilfe der SPD. und Gewerkschaftsbürokratie den Kampf auf der ganzen Linie gegen das Proletariat aufnimmt. Die Nerze des schwindelhaften Kapitalismus haben sich zu diesem Zweck in der „Einheitsfront“ zusammengeschlossen. Dann beleuchtete Genosse Schubert die internationale Krise und kommt zu seinen weiteren Ausführungen auf die Aufgaben der Arbeiterklasse zu sprechen.

Gemeinsamer Hunger erfordert den gemeinsamen Kampf gegen alle Volksfeinde des Proletariats.

Die Kommunistische Partei und die KPD. an der Spitze des kämpfenden Proletariats reicht allen kämpfgewillten revolutionären Arbeitern die Bruderhand. In der Zeit der Zubereitung der Massenparteien und des wachsenden Kampfeswillens der Arbeiterklasse versuchen die SPD. und Gewerkschaftsführer sich erneut an die Spitze des Kampfes zu stellen, um denselben im entscheidenden Moment abzuwürgen. Die sich bildende rote Einheitsfront des kämpfenden Proletariats soll verhindert werden. Deshalb gibt es, mit allen Kräften diesen Bestrebungen entgegenzutreten, die Kampfheile zu erweitern und sie unter eine zielklare, entschiedene, revolutionäre Führung zu stellen.

Die revolutionären Kampfeslosungen und Forderungen

Genosse Schubert nimmt dann ausführlich zu den Kampfeslosungen und Forderungen, die als Plattform für die nächsten Tageskämpfe dienen sollen, Stellung, die folgende Punkte vorreicht:

Gegen den Faschismus, gegen die gesamte Reaktion von General bis Hitler. — Gegen politische Unterwerfung, für Befreiung der Notverordnung. — Gegen die Tolerierung und Streikbruchpolitik der SPD. und des sozialfaschistischen Gewerkschaftsapparates. — Für die selbständige Kampfesführung der Arbeiterklasse. — Für das Kampfbündnis mit der KPD. — Gegen die imperialistische Kriegsgefahr, gegen den Völkerverbund, für die Verteidigung der chinesischen Revolution und die Sowjetunion. — Für die Bildung von Erwerbslosenkajeten unter Führung des Erwerbslosenausschusses, zum Zwecke des politischen, ideologischen und mehrheitlichen Massenkampfes gegen den Faschismus. — Für das Recht der Arbeiterklasse und Erwerbslosen auf die Straße, zum Kampf um ihre Interessen. — Für die Herstellung der kämpfenden Einheitsfront mit den Betriebsarbeitern, für die Bildung vorbereitender Kampfausschüsse, revolutionärer Vertrauensratelkörper sowie Betriebswehren, zum Zwecke der selbständigen Kampf- und Streikführung gegen Vorkraub, Faschismus und Kriegswirtschaft. Gegenseitige Vertretung der revolutionären Erwerbslosenausschüsse und betrieblichen Einheitsfrontorgane. Einberufung einer Konferenz des Erwerbslosenausschusses mit den Betriebsräten, Vertrauensratsmitgliedern und Gewerkschaftsintendanten der Breslauer Betriebe.

Das sind die Kampfesforderungen und Kampfeslosungen, auf deren Grundlage der Kampf geführt werden muß, und alle Arbeiter, egal gleich, wo sie stehen, ob in der SPD., SAP., in den freien oder

christlichen Gewerkschaften, und die Tausende unorganisierten Arbeiter, die gewillt sind, den Kampf auf dieser Grundlage zu führen, müssen eingereicht werden in die rote kämpfende Einheitsfront des Proletariats.

Hierauf berichtete ein Mitglied der Delegation über den Verlauf der Verhandlung mit der Regierung und dem Oberbürgermeister. Nachdem ein parteiloser Arbeiter, welcher eine Entschliekung gegen das Nerze-System am Wohlfahrtsamt eingebracht hatte, und ein nationalsozialistischer Erwerbsloser gesprochen hatte, der seine Rede begann mit den Worten: „Wenn meine Parteifollegen zu feige sind hier zu sprechen, dann will ich dazu etwas sagen.“ Er brachte zum Ausdruck, daß auch unter den hungernden irregleiteten nationalsozialistischen Arbeitern der Wille zur sozialen Befreiung vorhanden sei.

Der Genosse Becker, M. d. R., ergriff daraufhin das Wort. In scharfen und klaren Worten zeigte er die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, den arbeitenden und hungernden Massen Arbeit und Brot geben zu können. Schlag auf Schlag läßt die Bourgeoisie auf die arbeitende Klasse, auf Betriebsarbeiter, Mittelstand und insbesondere auf die Erwerbslosen.

Der außerparlamentarische Massenkampf auf revolutionärer Grundlage muß den Angriffen des Klassenfeindes entgegen gestellt werden.

Das zwingende Gebot der Stunde ist die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats für die berechtigten Forderungen und Tageskämpfe. Mehr denn je gibt es jetzt, den Kampfeswillen der Arbeiterklasse auf revolutionäre Grundlage und unter die Führung einer im Kampf erprobten revolutionären Führung zu stellen. Die Kommunistische Partei ist die einzige Partei, welche die Arbeitermassen zur Befreiung des kapitalistischen Systems zu führen vermag. Erst im freien sozialistischen Deutschland wird das Proletariat Arbeit, Brot und Freiheit haben.

Kausch von der SAP. sprach darauf zu den Forderungen und Kampfeslosungen der Erwerbslosen. Er zeigte hierbei seinen zentristischen Standpunkt (Wampe halb und halb) und konnte sich nicht genug gegen die KPD-Politik ergehen. Scheinbar (!) wollte er sich für die Kampfeslosungen der Erwerbslosen aussprechen, doch das Kampfbündnis mit der KPD. und die Kampfanlage gegen den sozialfaschistischen SPD. und Gewerkschaftsapparat hinderte ihn daran. Aber das ist ja gerade das Entscheidende, daß jene sich zentralistisch gebenden SAP.-Führer sich gegen das Kampfbündnis mit der KPD. und gegen den Kampf gegen den sozialfaschistischen Gewerkschaftsapparat stellen und dadurch die Arbeiterklasse vom Kampf gegen die Helfershelfer des Kapitals abhalten.

Von großer Beachtlichkeit waren die Ausführungen einer parteilosen Arbeiterin, welche in ihren ersten Worten erklärte,

revolutionär sprechen sehr viele, doch revolutionär handeln sehr wenige.

Sie brachte zum Ausdruck, daß die SAP.-Führer nichts anderes sind als die „Hirten“ Sozialdemokraten von einstmal, die durch ihre rabulischen Phrasen die Arbeiterklasse in ihrem Kampf abhalten. Wenn Kausch sagte, der Kampf soll geführt werden auf der Grundlage der von den Erwerbslosen aufgestellten Forderungen, erklärte die Arbeiterin scharf und eindeutig, die Politik der SPD. ist die Politik im Interesse der arbeitenden Massen. Damit schaffen auch wir die notwendigen Voraussetzungen, daß nicht der Faschismus, sondern die Arbeiterklasse siegen muß. Monden (KPD.), der einstmal ein Gastspiel in der SPD. gegeben hatte, sprach sich ebenfalls gegen das Kampfesprogramm der Erwerbslosen aus mit der gleichen Begründung wie sein Freund Kausch. In demagogischer Weise versuchte er zugleich eine Boykottierung gegen den hier aufgetretenen Naziarbeiter zu machen und glaubte den Kommunisten in die Schuhe schieben zu können, sie machen Einheitsfront mit den Nationalsozialisten, während sie die Einheitsfront mit den sich revolutionär gebärdenden Reformisten ablehnen.

Als nun Genosse Gallinat das Wort erhalten sollte, da versuchten jene, die vom parteilich-fraktionell zusammengedekten Erwerbslosenausschuß sprachen, durch Geschäftsordnungsdebatten und Stellung von Anträgen auf Schluß der Debatte den Vertreter der KPD. am Reden zu verhindern. Genosse G. ging grundsätzlich auf die Frage ein:

Mit wem Einheitsfront?

Einheitsfront mit den reformistisch-sozialfaschistischen Gewerkschaftsführern, die die Werkzeuge der Bourgeoisie sind, würde Selbstmord für die Arbeiterklasse bedeuten. Am Beispiel des KPD-Kongresses 1931 in Frankfurt a. M. zeigte er, daß die Maßnahmen der Bourgeoisie, die heute durchgeführt werden, dort bereits sehr gelegt und beschlossen wurden. Die Arbeiterklasse muß alle Halbheiten zurückweisen. Nur durch den entschiedenen revolutionären Massenkampf unter Einbezug der entscheidenden Schichten des Proletariats aus den Betrieben und den Stempelstellen unter Führung der KPD. wird die Arbeiterklasse sich von diesem Elend befreien.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Erweiterung des Erwerbslosenausschusses durch Zuzug aus der Versammlung vorgenommen, obgleich sich jetzt SAP. und KPD. offiziell nicht beteiligten und damit zum Ausdruck brachten, daß sie nicht für die wirkliche revolutionäre Einheitsfront sind, wurden dreizehn Arbeiter, unter ihnen Parteilose, SPD., SAP. und KPD. in den Erwerbslosenausschuß hineingewählt.

Natlich zeigt das wahre Gesicht der SAP.

Kausch gab auf Drängen der Versammlung eine Erklärung ab, in der er zum Ausdruck brachte, daß er in diesen Ausschuß keine SAP.-Deute hineinzieht, um sie nicht der Gefahr des Dinauswurfs aus den Gewerkschaften auszusetzen, und bezeichnete die Erweiterung der Kampfbasis der Erwerbslosen als ein Theater. Damit büßten sich diese „Einheitsfront“-apostel selbst entlarvt haben. Die SAP.-Arbeiter, die bereit sind, mit uns den revolutionären Massenkampf zu führen, müssen die Erklärung des Parteiführers Kausch zum Anlaß nehmen, mit der SAP.-Bürokratie vollständig zu brechen. Sie werden sich für den roten Arbeiterkandidaten entscheiden. In vielen Orten haben bereits die SAP.-Proleten die Kandidatur des Genossen Thälmann begrüßt.

Nachdem Genosse Schubert noch ein ferniges Schlußwort gehalten, wurde die Versammlung mit dem Gesang der Internationale beendet.

Massen-Morgen-Meeting

im Zentral-Theater, Westendstraße 50/52.

Seh. Hohenadl-München, der 1. Vorsitzende des Verbandes proletarischer Freidenker Deutschlands, spricht! Der aktuelle Film unserer Tage „Das Dokument von Shanghai“ läuft! Ernst Riese bringt neue Rezitationen! Außerdem Musik, Sprechchor! Eintritt nur 30 und 50 Pfennig. — Ende der Veranstaltung 12,15 Uhr.

Sonntagnachmittags 14,30 Uhr im Eden-Theater

Nikolaistraße 27, laufen folgende Filme:
1. „Erde“. (Nach Verbot freigegeben.)
2. „Eisbrecher Krassin“, Rettung der Nobile-Expedition durch „Eisbrecher Krassin“.
Auffreten einer Spieltruppe. Eintrittspreis für Arbeitende 55 Pfennig, Erwerbslose 30 Pfennig.

Alle Freidenker

von. Unterschied der Partei. Kommen heute abend 8 Uhr, zu der Oppositionsversammlung der Mitglieder des Deutschen Freidenkerverbandes in folgenden Lokalen zusammen:
Süden: Langner, Augustia, Ecke Gottschalkstraße.
Norden: Lokal Gardman, Bergmannstraße 12.
Zentrum: Osten, Nordosten: Lokal Torshalla, Gellhornstraße 21.
Die revolutionäre Opposition im D.F.V.

Lichtbildervortrag des J.-Bundes

Am Dienstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, findet im Restaurant Torshalla, Gellhornstraße 21, ein Lichtbildervortrag (mit 110 Lichtbildern) statt. Es wird gezeigt:

Die Ergebnisse der internationalen Invaliden-Delegation aus Sowjet-Rußland. Der sozialistische Aufbau, das Leben und Treiben der Arbeiter und Bauern, die Versorgung und Fürsorge für die Kriegswaisen und Arbeitsunfähigen in der Sowjet-Union.

Kein Arbeiter(in) ob gesund oder beschädigt, lasse sich diese Gelegenheit der Aufklärung über die wirklichen Lebensverhältnisse im sozialistischen Vaterland entgehen. Der Eintrittspreis beträgt für Erwerbslose 10 Pf., für Betriebsarbeiter 20 Pf. Zu zahlreichem Besuch ladet ein, Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, e. V. Ortsgruppenleitung Breslau.

Neue Adresse der Internationalen Arbeiter-Hilfe

Breslau 6, Friedrich-Wilhelmstraße 89, Pionierheim.

Im Brieger Zuchthaus...

Brieg. Die Telegraphen-Union meldet: In der Nacht zum Donnerstag kam es in der hiesigen Straf-anstalt zu Kämpfen. Ein Teil der Gefangenen weigerte sich, die kalten Schloßsäle zu betreten. Da die Räume jedoch nicht beheizbar (?) sind, hatte die Anstaltsleitung in Anbetracht der zur Zeit herrschenden kalten Witterung für jeden Gefangenen fünf (?) Schlafbeden zur Verfügung gestellt. Bei den Ausschüssen handelt es sich um berüchtigte Unruhestifter (!), die kürzlich mit einem Transport aus Gollnow und Wollau nach Brieg überführt worden sind. Dadurch, daß die Anstaltsleitung sämtliche Aufsichtsbearbeiter zusammenzog und polizeiliche Verstärkung anforderte, gaben die Sträflinge schließlich Ruhe.

Nach dieser Meldung werden die Gefangenen, die erst kürzlich nach Brieg transportiert wurden, als „berüchtigte Unruhestifter“ bezeichnet und warum? Weil sie angesichts der großen Kälte nicht in die ungeheizten Schlafräume gehen wollten. Zur Abschwächung schreibt man, daß die „Anstaltsleitung jedem Gefangenen fünf Deden zur Verfügung gestellt“ hatte, doch wer da weiß, mit welcher großen Lust die Brieger Anstalt, sowie alle Zuchthäuser und Gefängnisse belegt sind, wird wissen, daß garnicht daran zu denken ist, fünf Deden jedem Gefangenen zur Verfügung stellen zu können.

Auch die Wiederherstellung der „Ruhe“ mit den oben angeführten Mitteln und Methoden, die hier so harmlos klingen, sind aber durch aus nicht so harmlos, dafür ist die Anstalt Brieg zur Genüge bekannt.

Responsible für den politischen Teil, Broth und Solale: Rudolf Ortmann Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Bendich Berlin. — Für Inserate: Albert Gallan, Breslau. — Verlag und Druck: Kollektive Verlagsgesellschaft M. & D. Breslau, Arbeiter Straße 50.

Er sie Es

Sparkasse bei der

Stadt Sparkasse zu Breslau

Ein katholischer Arbeiter berichtet

In dem Januar-Heft der „Schlesischen Volkszeitung“ Johannes finden wir folgende Strafpredigt gegen die jüdischen (1) Arbeiter, die ihren Kindern Geld geben und sie damit in die Versuchung führen, so daß diese Kinder auf die abschüssige Bahn geraten und letzten Endes das Wohlstandsglück mit der jüdischen Republik des Herrn Brünning in Anspruch nehmen müssen:

„Denn die Eltern ihren Kindern nicht so wahllos Geld geben, ohne sich darum zu kümmern, was sie damit machen, sondern sie planmäßig anleiten zum Sparen, die Kinder würden es später den Eltern danken. Sind sie einmal erwachsen, würden sie sich ganz bestimmt nicht in dem Grade auf die „Wohlfahrt“ verlassen, wie das heute vielfach geschieht. Sie würden unter allen Umständen zusehen, sich wirtschaftlich selbständig zu machen. Was man heute so oft hören kann: „Bei der Wohlfahrt ist es ja da, man muß nur rauszuholen versuchen, was rauszuholen ist“, das sollte für einen anständigen Menschen überhaupt nicht in Frage kommen.“

Nun müßt ihr, Wohlfahrtsempfänger, was für unanständiges Bad ihr seid! Die Kirche kann aber auch anders. So gab ein Vater der „Mantillalieder“ den Eltern, die bei ihm den Kommunion-Unterricht besuchen und deren Eltern nicht wissen, woher sie das Geld für einen Ausflug zur Kommunion nehmen sollen, den Rat, sich doch an die Wohlfahrt zu wenden. Die Kirche könne diese Angelegenheit nicht geben, sie sei selbst zu arm dazu. Die 31 Millionen, die ihr Sehering auf Grund des Konfessionsjahres wieder „abstößt“, sind ja auch noch kirchlichen Zwecken zu dienen „anständiges“ Mühen. Dabei weiß die Kirche ganz genau, daß die Wohlfahrtstellen für einen Kommunion-Antrag nicht geben, da sie nur Schulentschuldungsanträge liefern.

Man droht es von Seiten der Kirche, wie man es braucht! Einmal ist der, der die Wohlfahrt in Anspruch nimmt, ein unanständiger Patron, denn ein anständiger Mensch trübt lieber — nach der Meinung der katholischen Kirche — als daß er diesen Schritt tut. Das andere Mal aber läßt man seine Schäflein selbst zum Wohlfahrtsempfänger, um die überflüssigen Klassen der Caritas zu schonen! Es wird Zeit, daß auch wir katholischen Arbeiter diesen Herren einmal die Wehr zeigen.

Monistische Gemeinde

Sonntag, den 14. Februar, 17½ Uhr, findet im Saale Grünstraße 14/16, anlässlich des Goethe-Jahres, ein Vortrag Emil Kelling mit dem Thema: Goethe als Freidenker. Der Vortrag wird von Reginald Goethe'scher Dichtungen umrahmt. Der Eintritt ist für Mitglieder frei. (Karte 0,20 Mark, Erwerblose 0,10 Mark.)

Sonntag, den 21. Februar, 17½ Uhr, veranstaltet unter Leitung des „Sänger- und Sängervereins“ (S.S.V.) ein „Goethe-Abend“ mit Solosängerinnen der Opernsängerin Olga Stebban und des Opernsängers Alfred Reinow. Eintritt 0,10 Mark, Erwerblose an der Kasse 0,05 Mark.

Richtigstellung!

In unserem gestrigen Bericht über die Unterrichtsfragen bei der Forderung H. G. der der Druckereireise behingehend sein Unwesen berichten, daß es an der Stelle, wo es heißen sollte: der circa 100 Prozent der aufgewandten Herstellungskosten, 7 Prozent erheben sich.

Arbeiterphotographen. Der für den Abend angelegte Tour: „Mit der Kamera durch Breslau bei Nacht“, fällt aus. Nächste Zusammenkunft am 21. März, 19 Uhr, Arbeitsstraße 2, 2 Treppen rechts. Thema: Die Technik der Reproduktion.

„Kolle Esperanto-Vereinigung“. Dienstag, 16. Februar, 20 Uhr, im Saale Grünstraße 17, Nebensaal.

Proleten-Wochenplan

Felix Bressart — Dirlehorn greift ein

Die Proleten-Wochenplan des Arbeiterpartei „Proleten“, Gäßchen 10, im Saale Grünstraße 14, wird ab Sonntag den Felix-Bressart-Film „Proleten greift ein“. Nach den ersten Programmen der letzten Wochen hat man wieder eine lustige Note. Felix Bressart, der Sänger des „Sängertheater“, wird auch im Proleten die Lacher auf sich ziehen lassen. Bressart, der Dirlehorn, macht alles, kann alles und greift überall ein.

Die Proleten-Wochenplan sind wunderliche Ausnahmen von der Jahr zu leben. Ein Theaterfilm „Schwarzes Bild“ ist auch auf Gelehrtheit. Und die Proleten-Wochenplan auf der Bühne, „2. Vereites“, werden in ihrer lehrreichen Kombination sehr großen Vachertolgs zu verzeichnen haben. Die immer gern gesehenen aktuellen Bilder des Proleten-Wochenplan das Programm. Die Eintrittspreise sind, wie immer, sehr niedrig: ab 60 Pfg. bis 1,50 Mark, Erwerblose zahlen nur die Hälfte.

Sonntag um 13 Uhr wieder große Kinderdarstellung mit dem bekannten Programm. Die Kinder der Vereine zahlen nur 20 Pfg.

Achtung! Das Preußen-Handbuch

Das kommunistische Landtagsheft erscheint in einigen Tagen. Verantwortlich für alle Referenten, Agitatoren, Diskussionsredner, Redakteure der Partei- und Parteiveranstaltungen. Sieht auch jetzt schon durch Fortschritte das Preußen-Handbuch.

(Zu bestellen bei der B.D., Abteilung Agitprop oder Einzelne.) Sieht es auch, es ist eine unentbehrliche Waffe für die Präzedenz- und Preußen-Schlammagne.

Für den roten Arbeiter-Kandidaten
Ernst Thälmann
als
roter Wahlhelfer

Es stelle sich für die Reichspräsidentenwahl der kommunistischen Partei, Bezirk Schlesien, als roter Wahlhelfer zur Verfügung.

Vor- u. Suname:
Genau Adresse:
Wo beschäftigt?
In welcher Partei?
In welchen Organisationen und Vereinen?

Zuschneiden und an die örtliche Parteileitung oder per Drucklosche (4 Pfennig Porto) an die Adresse: Karl Weder, B.D., Breslau, Lehnstraße 13, einschicken.

Öffentliche Kundgebung

gegen den Abbau von Fürsorge und Versorgung der Blinden

findet am Sonntag, dem 14. Februar, vormittags 11 Uhr, in dem großen Saal des „Schiedsgerichts“ statt. Geleitet wird die Versammlung vom Vorsitzenden des Niederschlesischen Landesblindenvereins, Herrn Regierungsrat Schwenck. Das Hauptreferat hält der Blindenfürsorge für die Provinz Niederschlesien, Herr Dr. Ludwig Gohr. Durch diese Kundgebung sollen die werten Kreise der Sehenden mit den Belangen der Blinden in umfassender Weise vertraut gemacht werden, um dafür eintreten zu können, daß das Wenige, was den Blinden zur Unterbringung der Not bleibt, ihnen trotz der Höhe der Zeit erhalten bleibe.

Darum, mer es irgend ermöglichen kann, eine Stunde zu erbringen, keine dies für das Schicksal der 2000 Blinden unserer Provinz so überaus wichtige Veranstaltung.

Schauspielhaus

Fernruf 363 00
Sonnabend und Sonntag 8½ Uhr

Letzte 2 Aufführungen zu volkstümlichen Preisen
50 Pfg. bis 3 Mk.

CASANOVA

Ausstattungs-Operetten-Revue
Musik von Johann Strauß

WAPPENHOF

Täglich
(außer Sonnabend) ab 4 Uhr:
Nachmittags-Vorstellung
10 Attraktionen
Jeden 1. und 16. neues Programm
Eintritt 30 Pfg.
Täglich ab 8 Uhr:
BALL
Das ungekürzte Progr. 2 Kapellen
Eintritt 50 Pfg., außer Sonntag und Vereinsveranstaltungen

AKAAR

Breslauer vielbesuchte Unterhaltungsstätte
"Neue bis 4 Uhr"
Täglich Weltstadt-Ballnächte
Amst. Kleindenken
Benni Rosen
und das Programm der Extra-Klasse
Eis Bier Wein 950
Eis Bier W ab 2
Markenwert ab 3,50 Mk.
Täglich ab 8 Uhr
Eintritt frei!
An den Sonnabenden gelten die Dauer-Eintrittskarten von 1931

Georg Thomas, Inh. Paul Herzog
Breslau, Friedrich-Wilhelm-Straße 97
Vogelhalter-Spezialgeschäft
Sämereien, Kolonialwaren



Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einladungskarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Massenaufgaben
in Flach- und
Rotationsdruck
preiswert

FORTSCHRITT

AG. FILIALE BRESLAU
Trebniitzer Str. 50
Telephon 464 55

Gelegenheitskäufe

Küche, Speisezimmer, Garderoben, Wäsche, Betten, Fahrräder, Nähmaschinen, Uhren, Möbel, Musikinstrumente und Gebrauchsgegenstände aller Art
Leihhaus Brill & Co
Breslau
Matthiasstraße 88

Achtung!
Stabeser Einsatz im Hause!
Gesucht
werd. ehrl. Pers. zw. Eintritt vier
Maschinen-Heimstricker!
Geboren wird laut Beschäftigung für uns zu hohen Preisen. Ein u. Vorkenntnisse nicht erford. Verlang. Sie sol. Grausankunft.
Fr. J. Kerstan & Co.
Hilfstr. 222.

W. Kelling

reinigt
färbt
wäscht
Alles für Alle

Monistische Gemeinde E.V.

Breslau, Grünstraße 14/16
Ortgr. des Volksbundes f. Geistesfreiheit

Sonntag, den 14. Februar 1932, 17½ Uhr
Vortrag
im Saale Grünstraße 14/16
Redner: **Emil Madiek**
Thema: **Goethe als Freidenker**
Eintritt für Mitglieder frei
Gäste 20 Pfg., Erwerblose 10 Pfg.

Capitol Strahlen

Von Freitag bis Montag:
Sonn- u. Feiertags 3, 5, 7, 9 Uhr
Wochentags 7 und 9 Uhr

Der Herr

Bürovorsteher
mit Felix Bressart

Kohlen-, Brikett- u. Holzhandlung

Baul Wfandfe

Glogau, Dom Mahrerstr. Tel. 991

Bäckerei und Konitorei

Fritz Liebach

Glogau, Langestraße Nr. 46

Zur geüblichen Kenntnis, daß ich das
Kohlen- und Fuhrgeschäft
von Herrn Robert Werner käuflich erworben habe.
Halte mich zur Vierung von
Brennmaterial aller Art
sowie Ausführung von Fuhrten bestens empfohlen.
Vorsichtungsmaß
Richard Franz vorm. Robert Werner
Gieß-, Langestr. 44, Eingang Büttnerstr.
Fernruf 2674

AD Montag: Groß-Verkaufstage

„Billige Angebote“ im ganzen Hause!

Hier einige Beispiele:

Prachtvolle 80 cm breite Wäschestoffe mittelfällig besonders für bessere Leibwäsche Meter 36	150 cm breites ganz erstklassiges Laken-Daulas pa. Strapazierqualität Meter 85	Bettinletts unsere erprobte echtrote und garant. federdicke Qualitäten Deckbreite 1,45 Meter 2,45 Kissenbr. Meter 145
Warme wollene Bettlaken weiß mit garantiert waschechten Kanten durchweg 158	80 cm breiter Linon nur hochwertig ganz erstklassige Qualitäten Meter 46	Leicht angestaubte ein-eine Kissenbezüge Gr. 75x80 cm, z. Knöpf. guter Wäsche-linon Stück 58
Einfarbige Damen-Wickelschürzen gut. Zephir, m. hübsch. wächsechten abstechend. Blenden Größe 42 bis 50 Stück 145	Ganz gute Rips- u. andere Kleiderveloure nur schwere Qualität Meter 55	Feinfarbiger Wäschebatist in allen richtigen Wäsche-farben Meter 48
Sporthemden- u. Blusenflanelle ganz gute doppel-seitig bedruckte Qual. Meter 55	Reinwollener Kleider-Rips 130 cm breit, nur in marine, russ. grün, braun und bordeaux Meter 245	140 cm breit, pa. kunstseidene Duchesse in allen richtig. Futter-Farben Meter 195
Kinder Strümpfe in ganz guten Qualität. 1 x 1 gestrickt, nahtlos, teils zweifarbiger Mako Gr. 9-11 58, 6-8 39, 3 bis 5 29, 1-2 18	Annah-Füße stark gestrickte Qualitäten in allen Größen, nur in schwarz, mit kleinen, unbemerkbaren Schönheitsfehl. Sensationspreis Paar 9	Gute moderne Künstler-Garnituren 3 teiliger gewebter Tüll Etamine oder hellgrund. Madras, newest. Muster Serie III 3,95 Serie II 2,95 Serie I 195
Buntgestreifte echtfarb. Schwedenleinen ca. 120 cm breit, gute, kräftige Ware, moderne feinfarbige Streifen für Landhaus und Siedlungs-gartinen Meter 68	Neuzeitliche, herrliche Riomenrips-Künstler-Garnituren 3 teilig, in den schönsten Farbenstellung Querbehang Franssen Garn. 9,75 695	Einzelne Halbstores gewebt, Tüll u. Etamin. verschiedene Muster u. Qualität z. T. m. kleinen Fabrikfehlern od. leicht angestaubt durchweg Stück 95
Gute, kräftige Tisch- und Diwanddecken schöne Muster Diwanddecken St. 7 95 Tischdecken St. 195	Bouclé-Tappiche schöne, gedeckte Must. ca. 195 x 290 cm groß, St. 18,88 ca. 160 x 240 cm Stück 12,85, ca. 130 x 200 cm groß Stück 895	Bettvorleger und Brücken in Bouclé, Tape-stry od. Velour-qual. m. kleinen Fabrikfehlern. St. 3,95, 2,95 195
Warme Futterschlüpf mit Seidendecke, warm. Raubung. Größe 46x48 Paar 1,25, Größe 42x44 Paar 95	Wollene Damenstrümpfe feine wollgemischte Qualität m. Doppelsohle Hochterse und Naht Paar 75	Warme Futterschlüpf gute, haltbare Qualität, in feinen Farben für Kinder beginnend Paar mit jed. weit. Gr. 10 Pf. mehr 39
Gestrickte Frauenstrümpfe mit 1 x 1 gestrickter Beinlänge nur schwarz Paar 39	Winter-Handschuhe für Damen und Herren, Trikot mit warm. Raubung, Paar 89	Wollene Herrensocken schwere, plattierte, wollene Winterqualität, 2 x 2 gestr. Länge. Paar 65 , 58 , 39
Weiden-Korbsessel bequeme, stabile Form Stück 295	Peddigrohr-Korbsessel schöne Stoffbezüge Federpolsterung Stück 595	Peddigrohr-Korbtische 55 cm große Sperrholz-Platte Stück 350
Peddigrohr-Wäschetrohen 50 cm großer Deckel mit hübscher Stoffpolsterung Stück 495	Weiße Porzellan-Kaffeetassen in verschiedenen Formen zum Aussuchen durchweg Stück 5	Porzellan-Speiseteller starke, weiße, flach zum Aussuchen Stück 9
Emaillierte Maschinentöpfe in verschiedenen Farben 18 cm groß. Stück 62	Emaillierte Waschbecken mit Sellen napf. 32 cm groß, Stück 45	Preßglas in schönen Mustern enthaltend Glaseteller u. Kompottschälchen zum Aussuchen durchweg Stück 6

la. Waschkersele
uns. bekannt gut. Qualität. ca. 62%. Fettgehalt eine unerbörte Leistung
Gr. Hand-stück 200 g **8**
gr. Rieg. 22 g ca. 300 g **18**

Größe 100 Gramm schwere Tafeln gute Ess-Schokolade
Speise-, Vollmilch oder Milch, noß Tafel **18**

Rücksichtslos herabgesetzte Preise in der Konfektions-Etage

Zehn Kommunisten in Guatemala zum Tode verurteilt

Neu York, 12. Februar. Das Kriegsgericht in Guatemala hat heute zehn Kommunisten wegen Meuterei und „Aushebung“ zum Tode verurteilt. Das Urteil soll binnen 14 Tagen vollstreckt werden.



Diese Todesurteile in Guatemala, die Verhaftungen und Deportationen in Uruguay, zeugen von der ungeheuren Verschärfung der Klassengegensätze in den mittel- und südamerikanischen Staaten. Diese Staaten bilden einen Spielball in den Händen des amerikanischen und englischen Imperialismus. Gewöhnlich spielt die eine imperialistische Macht bestimmte Kräfte des Landes gegen die andere imperialistische Macht aus. Die Kämpfe, die in diesen Staaten in letzter Zeit vor sich gehen, sind jedoch in zunehmendem Maße durch Arbeitslosigkeit und Not erzeugt. Die Arbeiter- und Bauernmassen sind aufs tiefste aufgewühlt. Man richtet sich der Terror der heimischen Bourgeoisie, die von den ausländischen Kapitalisten unterstützt wird, gegen die kommunistische Partei, die einzige Führerin in diesen revolutionären Kämpfen.

Erwerbslosentag in der Tschechoslowakei

Prag, 11. Februar. Für den 10. Februar hatte die KP. der Tschechoslowakei trotz unerhörten Terrors der Behörden, einen Kampftag im Zeichen des Kampfbündnisses der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern gegen die Kapitalistenoffensive und gegen den imperialistischen Krieg durchgeführt.

Neben Kundgebungen in Prag kam es zu großen Demonstrationen in den national unterdrückten Gebieten, in Komotau, Grasnitz, Přebuz, Dux, Reichenberg, Gablonz, Krásko und Friedland, wo 3000 Arbeiter demonstrierten, von denen zahlreiche durch Gendarmereieintreten verletzt wurden. Eine ganze Reihe von Betrieben und Schächten führte politische Streiks durch.

Besonders stürmisch waren die Kundgebungen in der Karpatho-Ukraine, wo über 15 000 Arbeiter demonstrierten. Selbst die bürgerliche Presse spricht von 60 verletzten Demonstranten und 16 verwundeten Gendarmen.

Frankreich in der Krise

Paris, 12. Februar. Trotz dem der Goldbestand Frankreichs 2 Milliarden Franken beträgt und die Golddeckungsgrenze auf die noch nie erreichte Höhe von 65,25 vom Hundert gestiegen ist, müdet die Krise mit immer größerer Schärfe.

In der Kammerführung gab Haushaltsminister Petri bekannt, daß 3,2 Milliarden Franken Fehlbetrag zu decken sind.

Ministerpräsident Laval gab auf einem Bankett des Komitees für Handel, Industrie und Landwirtschaft zum erstenmal offen zu, daß Frankreich von der Krise ergriffen sei, die von der Landwirtschaft auf die Industrie, ja sogar auf das Kreditwesen übergelassen habe. Die Arbeitslosigkeit mache sich bereits fühlbar bemerkbar. Laval benutzte diese Gelegenheit, um erneut zu bekräftigen, daß Frankreich um sein Jota in der Frage der Reparationszahlungen nachgeben werde.

Kurze Auslandsnachrichten

In Neufundland drangen Arbeitslose in das Parlamentsgebäude ein und verlangten Arbeit und Brot. Als Regierungsvertreter sie mit Gewalt herauswerfen wollten, erhielt der Ministerpräsident eine Ohrfeige. Der Regierungsvertreter wurde gezwungen, den Arbeitslosen Karten für größere Lebensmittelrationen auszuhändigen.

In der Schweiz betrug Ende Januar die Zahl der angemeldeten Arbeitslosen 58 000.

In Bristol befinden sich die Zeitungsvorkäufer seit drei Tagen in einem Proteststreik gegen Massenentlassungen.

Bei der Friedenshütte in Kattowitz werden 140 Angestellte und Beamte von der Entlassung betroffen.

Verhandlungen um die Aufteilung Chinas

Unsere Enthüllungen über französisch-japanisches Kriegsverständnis bekräftigt — Macht Front gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher!

Berlin, 12. Februar (Eig. Bericht).

Die Enthüllungen der „Roten Fahne“ über ein französisch-japanisches Geheimbündnis zur Aufteilung Chinas werden jetzt von der Londoner „Daily Express“ bekräftigt.

„Daily Express“ führt das scharfe militärische Vorgehen Japans und seine Ablehnung von Friedensverhandlungen auf einen französisch-japanischen Geheimvertrag zurück. Dafür spreche auch das Ansehen der Allien der französischen Rüstungsindustrie. Die japanischen Aufträge zu Munitionslieferungen würden durch den französischen Handel finanziert. Auch die japanfreundliche Haltung des Sozialisten Pant Courcours sei aufzufallen, wie überhaupt die Japanfreundlichkeit einer ganzen Reihe führender französischer Politiker, die wahrscheinlich ebenso nahe Beziehungen hätten wie der französische Marineminister Dumont, der gleichzeitig Vorsitzender des Ausschusses der französisch-japanischen Bank ist.

Der Artikel des „Daily Express“ ist, wie sich aus seinen

Schlussfolgerungen ergibt, ganz eindeutig von der Sorge diktiert, daß England bei der Aufteilung Chinas zu kurz kommen könnte. Gegenwärtig finden nämlich in Hankow und Schanghai Verhandlungen zwischen den japanischen, französischen, amerikanischen und englischen Vertretern über die Aufteilung Chinas statt.

Die Grundlage dieser Besprechungen bildet der japanische Vorschlag, fünfliche Handelszentren Chinas, Schanghai, Hankow, Tientsin, Tschingtan, Swatow und Kanton, zu „internationalisieren“, d. h. sie China vollkommen zu entreißen. Diese Wirtschaftszentren sollen in einem Umkreis von 15 bis 25 Kilometern von chinesischem Militär und chinesischem Verwaltung geräumt und vollkommen den ausländischen Imperialisten unterstellt werden.

Amerika soll sich bereits mit der „Internationalisierung“ von Schanghai einverstanden erklärt haben. Bezüglich der anderen Städte kämpft jede imperialistische Macht noch erbittert um den größten Teil der Beute.

Hitler wirbt um die Gunst Frankreichs und des gesamten internationalen Kapitals

Seine Vertrauensleute in Audienz beim französischen Botschafter

Am 9. Februar hat Hitler im Berliner Sportpalast eine Parade seiner SA- und SS-Leute abgenommen. Zu dieser Parade hatte er die ausländischen Gesandtschaften und die Vertreter der ausländischen großkapitalistischen Zeitungen eingeladen.

Diese Veranstaltung im Sportpalast bildet nur ein Ringelnitz in der Kette der Hitlerschen Politik. Vertreter Hitlers bereisen seit Monaten die Hauptstädte der verschiedenen europäischen Länder, pochen an den Türen der ausländischen Gesandten in Berlin, um ihnen zu versichern, daß die NSDAP. gar nicht die Absicht hat, die Verträge von Versailles zu zerreißen, oder Zahlungspflichtigkeiten nicht nachzukommen. Ganz im Gegenteil: eine Regierung der NSDAP. werde eine Garantie für pünktliche Zahlungen sein.

Daß die Vertreter Hitlers mit England solche Verhandlungen führen, hat die NSDAP. auch nicht geleugnet. Den Mitgliedern versuchte man einzureden, daß der Erzfeind nur Frankreich sei. Nun brachte das „Montags-Blatt“ (Nr. v. 1. Februar 1932) die Mitteilung, daß Hauptmann Goehring und andere Vertreter Hitlers in der Berliner französischen Botschaft erschienen seien. Diese Zeitung schrieb:

„Wir fordern die Parteileitung hiermit auf, sich zu diesen Vorzimmerbesprechungen zu äußern, denn es soll sich um eine Art außenpolitischer Klärungsaktion für den Fall einer Wächtergreifung der NSDAP. gehandelt haben und es soll hierbei — um des lieben Friedens mit dem „Erzfeind“ willen — von den nationalsozialistischen Herren eine gewisse Bereitschaft zu deutschen Zahlungen zum Ausdruck gebracht worden sein, die um so auffälliger werden, als der Reichskanzler in dieser Frage an der einmal ausgesprochenen Weigerung festhält.“

Dieser Aufforderung, sich zu äußern, ist die nationalsozialistische Presse bis heute nicht nachgekommen. Aus begrifflichen Gründen. Denn Hitler, der den Massen der SA. und SS. ein-

redet, daß er allein den Kampf gegen die Tribute und Reparationen führt, kann ihnen doch nicht die Wahrheit erzählen, daß er bereit ist, an Frankreich, England und Amerika die Tribute weiterzugeben, wenn man ihn nur an die Macht heranzuläßt.

Gegen die Tribute, gegen den Youngplan, kämpft allein die kommunistische Partei. Nur die kommunistische Partei, deren Präsidialkandidat Ernst Thälmann ist, weist den Weg zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes.

Generallstreik in Uruguay

Neu York, 12. Februar. Als Protest gegen die Beschlagnahme der kommunistischen Zeitungen, gegen Polzeiüberfälle, Verhaftungen und Deportationen revolutionärer Arbeiter, haben heute die revolutionären Gewerkschaften von Uruguay den Generallstreik proklamiert.

Mussolini beim Papst

Rom, 11. Februar. Mussolini hat heute mit Geolge dem Papst einen Besuch abgestattet. Die Audienz währte ungefähr eine Stunde. Dieser Besuch hatte den Zweck, vor aller Welt die enge Verbundenheit zwischen Faschismus und Kirche zu manifestieren.

Wie die hiesigen Blätter berichten, hat die Aussprache zwischen Mussolini und dem Papst einen „sehr herzlichen Verlauf“ genommen. Begreiflich. Denn in ihrer Stellung zur Arbeiterklasse gibt es keine Differenzen zwischen dem Papst und Mussolini. Beide verfolgen sie das gleiche Ziel.



Copyright by Adis-Verlag Berlin-Wien.

56. Fortsetzung.

Er drängelte sich nun aus dem Knäuel und verabschiedete sich. „Soll ich nicht wiederkommen?“ fragte er. „Soll anderer Beamter kommen? Wie Ihr wollt!“

„Ist uns ganz wusch!“ erwiderte Franz.

„Sartagefottener Bursche, aber nicht so schlimm, wie scheint.“

„Lassier schüttelte spöttisch den Kopf. Dann wandte er sich an Hilde: „Wie lange bleiben Sie?“

„Ich weiß nicht!“

„Bleiben Sie ruhig noch! Aber wenn Sie sollten abreisen und wir uns nicht wiedersehen, werden Sie berichten Schlechtes von den Franzosen? Ich glaube, Sie können nicht Schlechtes berichten. Sie müßten ja lügen. Auf jeden Fall: Glückliche Reise! Lassier streckte Hilde die Hand hin und trotz inneren Widerstrebens gab sie ihm die ihre.

„Ich bin gerührt wie Apfelsinus“, sagte sie, als sie gingen. „So ein Kerl!“

„Die sind net so dumm wie die Deutsche“, ergänzte Franz. „Die werse mit der Wurst nach dem Schinte. Die denke: wenn sie die Arbeiterchaft uf ihre Seite han, han sie g'wonnen.“



Den moralischen Entrüstungen und Prophezeiungen der deutschen Presse, daß Frankreich sich in eine hoffnungslose moralische Isolation manövriere, daß es unter dem „Druck der Weltmeinung“ nachgeben müsse, stand gegenüber, was der deutschen Regierung der passive Widerstand kostete. Bei einem Dollarstand von 20 000 zwei Milliarden täglich. Die englische Kohle erlief die Ruhrlohe in Deutschland. Die Sympathie ist nicht billig.

Die Proleten im besetzten Gebiet schleichen wie Schatten dahin. Einzelne nützen die Situation, erhaschen einen Brocken, wie z. B. Franz. Er ging nach dem „Wohlfahrtsamt“ und erzählte: „Unsere Betten liegen auf dem Fußboden, meine Kinder haben Rachitis. Die ganze Küche ist voll Schwaben. Ich kann die Sauerei

nicht mehr mit ansehen. Wir müssen wenigstens das Geschirr verschleichen können, sonst schleppen uns die Küfer noch die West in die Wohnung. Wir müssen Matragen haben und einen Küchenschrank.“

Der Beamte antwortete lächelnd: „Herr Schlegel, seien Sie doch vernünftig. Wir können Ihnen doch keine Wohnungseinrichtung verschreiben.“

Franzens Gesicht bleibt unbeweglich wie eine Maske. Er hält es nicht mehr für nötig, hochdeutsch zu sprechen.

„Gedacht han ich mer des“, erwidert er. „Die Ruhrhilf is ja für ganz anere Leut da als für poplige Prolete. Die sich de Sad damit jülle, brauchn sich kenn Küchenschrank dafür kaja, damit ihne die Schwaba mit die paar Graupe für die Kina vollschleife. Die Presse lö Graupe, hen lö Schwaba un merchtens a lö Kina. Aber ich will Sie net weiter belästige. Morje such ich mit Arbeit bei de Franzose.“

Bei dem ersten Teil der Antwort Franzens machte der Beamte ein teilnehmendes Gesicht, ein Gesicht, wie sich das für einen Beamten gehört, der gern helfen möchte und nicht helfen kann. Als aber Franz zu Ende gesprochen hatte und gehen wollte, erkannte der Mann wohl, daß diese Mühe hier umsonst ist. Er bat Franz, sich einen Moment zu gedulden, verschwand für kurze Zeit durch eine der vielen Türen und hat dann Franz in das Zimmer, aus dem er gekommen war. Dort erwartete ein Herr mit Vollbart und gepflegten Händen den zweifelhaften Patrioten und bat ihn, in einem Sessel Platz zu nehmen.

„Sie wollen bei den Franzosen arbeiten, Herr Schlegel?“ fragte der joviale Herr und schaute Franz an wie ein Vater seinen Sohn, den er von einer mageren Heirat abbringen möchte.

„Dös han i a g'lagt“, antwortete Franz. „Aber zuvor war von ebbes anemem die Red! Hat Ihne des der Klappsmann da drauße net g'lagt oder habe Sie es so rasch vergesse!“

Ein Prolet, der in Amtsstuben einen solchen Ton anschlägt, wird gewöhnlich sofort hinausgeworfen. Der joviale Herr staunte ihn eine Weile fassungslos an, erhob sich dann und fragte:

„Warum sind Sie so unhöflich, Herr Schlegel? Was würden Sie sagen, wenn wir Sie so abfertigen würden. Sie haben doch gar keinen Grund dazu, oder?“ Und nun begann der Herr, väterlich auf Franz einzureden, daß er doch nicht Unmögliches verlangen könne. Wenn die Stadt ansäuge, Schlafzimmer und Küchenschränke zu liefern, wäre die Zahl der Bewerber nicht abzusehen. Einen Betrag von fünfzigtausend Mark könne er ausnahmsweise

befürworten. „Ausnahmsweise!“ Der beringte Zeigefinger des personifizierten Wohlwollens bohrte sich betuernd in die Luft.

Franz blieb kalt wie ein Eisapfen.

„Wenn Sie mena, daß noch länger so gehe soll, wells so lang ganga ist, da mach ich Ihna en Vorschlag. Wir taufche! Ihre Kina han so lang im Bett geschlafa und Ihr G'schirr is so lang im Schrank g'stana. Ihre Kina könne die paar Woche noch, so lang die Befehung dauert, auf der Erde leia, und Ihr G'schirr könne Sie in die Eierkiste stelle, wo unfers so lang g'stana hat. Da spart die Stadt noch die fünfzigtausend Mark!“

Der Herr im Sessel war nun überzeugt, daß hier der Appell an die „Vernunft“ ein untaugliches Mittel am untauglichen Objekt ist. Aber er war Franz immer noch nicht hinaus. Er redete von Berührung, die er verstehen könne. Franz solle mit der Arbeit bei den Franzosen noch einige Tage warten, bis ein Kocherheur die Angelegenheit geprüft habe. Was in seiner Macht stände, würde geschehen. Ob Franz sich noch einige Tage gedulden wolle?

„Wie lang?“

„Drei Tage höchstens! Geben Sie draußen Ihre Adresse ab.“ „Abgemacht“, sagte Franz. „aba lunga lö Stund, daß Sie's wiße!“



Franz bekam Strohsäcke und einen Schrank. Matragen waren nicht aufzutreiben, wurde ihm erklärt. Die Franzosen hätten alles beschlagnahmt, was an Borräten dieser Art vorgefunden wurde, und die Betriebe lägen still.

„Gäbe Sie mir 'en Gutschein“, erwiderte Franz. „Die Matrage besorg ich mir selbst.“

Franz fand bald einen Geschäftsmann, der ihm gegen den städtischen Gutschein Matragen lieferte. Aber Franz bekam schlechte Matragen. Schon nach einigen Wochen riß der Bezug an verschiedenen Stellen. Papierstoff! Das kumpige Seegras hing heraus.

Da ging Franz zum Wohlfahrtsamt und fragte, ob der Matragenmann den Gutschein eingewechselt hätte.

„Nein!“

Dann ging er zu dem Matragenhändler und rebete ihm vor, daß der Gutschein so nicht gültig sei. Er müsse erst von der Stadt unterjempelt werden. Und als Franz seinen Gutschein wieder in den Händen hatte, sagte er:

(Fortsetzung folgt.)

Rund um den Erdball

Kinder in Not — Kinder im Kampf

Schuhsohlen aus Blech

Bildet die Kampffront der dritten Generation gegen Ausbeutung, Hunger und Not

Berlin, 12. Februar. In ganz Deutschland nimmt die Kinderverelendung tagtäglich immer furchtbarerem Umfang an. Selbst bürgerliche und sozialdemokratische Zeitungen sehen sich hier und da einmal gezwungen, statt von der „Kinderhölle in Sowjetrußland“ zu fabeln, sich im eigenen Lande umzutun.

So schreibt die sozialdemokratische „Volksstimme“ Duisburg-Hamborn über die Zustände in Wulsum folgendes:

„Die große Arbeitslosigkeit in unserer Gemeinde wirkt sich besonders schlimm bei den Schulkindern aus... Die größte Not herrscht in den Schulen, deren Eltern durch die Entlassungen der Industrie hart betroffen sind. 20 bis 40 Prozent der Kinder fehlen täglich, weil sie kein ausreichendes Schuhwerk besitzen oder die Eltern nicht genügend Lebensmittel haben, um den Kindern ausreichende Nahrung zu geben. Sehr viele bekommen überhaupt kein Frühstücksbrot mit...“

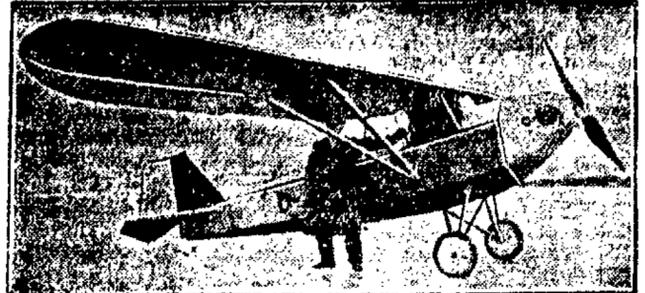
Daß es bei den geringen Unterstützungssätzen der Eltern nicht möglich ist, Lernmittel zu kaufen, liegt klar auf der Hand. Altes Packpapier und Einlaufsbeutel werden als Schreibpapier benutzt, um die fehlenden Seiten zu

erfüllen. Trotz der kalten Witterung kennen die wenigsten Kinder Mäntel und Unterwäsche.

Bezeichnend ist, daß manche die Schuhsohlen mit alten Blechböfen benagelt haben, um den Sohlen längere Haltbarkeit zu geben.

Die ärztlichen Untersuchungen sind erschütternd. Unterernährung ist an der Tagesordnung... Die Kinder der Hilfsschule und der Sammelschule, die ihren Wohnsitz weit entfernt von der Schule in anderen Ortsteilen haben, belamen brüher von der Gemeinde umsonst Fahrkarten der Straßenbahn zur Verbringung gestellt. Infolge der schwierigen finanziellen Lage werden ab 1. Februar keine Karten mehr geliefert. Wie wir erfahren, haben die Eltern der Hilfsschule ihre Kinder vom Schulbus zurückgehalten.

Dies meldet eine sozialdemokratische Zeitung! Aber nur die Tat sachen. Kein Wort vom Kampf gegen die haarsträubenden Zustände. Wir aber rufen alle Werktätigen auf zum Kampf gegen Kinderausbeutung, Hunger und Not! Seht euch zur Wehr! Schafft an allen Schulen Kampfkomitees der Eltern, Lehrer, Erwerbslosen Betriebsarbeiter, Vertreter der proletarischen Massenorganisationen und Kinder zum Kampf gegen diese Zustände. Schickt eure Kinder zu den jungen Pionieren! Bildet die Kampffront der drei Generationen gegen Kinderausbeutung, Hunger und Not!



Das „Volksflugzeug“

Dieses einsitzige oder zweisitzige Kleinflugzeug wird großsprecherischer als „Volksflugzeug“ angepriesen. Es kostet „nur“ 2500 Mark und erreicht eine Geschwindigkeit von 100 bis 125 Kilometer. Für Erwerbslose, die besonders weit von den Stempelstellen wohnen, sehr zu empfehlen.

Das erste Sowjet-Luftschiff

Moskau, 12. Februar. Eine amtliche Meldung aus Leningrad besagt, daß das dortige Aero-Institut die Konstruktion des ersten sowjetrußischen starren Luftschiffes beendet hat. Das Luftschiff wird 8000 Kubikmeter groß sein. Seine Länge soll 50,8, der größte Durchmesser 17,9 Meter und seine Motoren 540 PS betragen. Das Luftschiff wird eine Höchstgeschwindigkeit von 115 Kilometern in der Stunde erzielen können.

Schupo erchiebt seine Familie

und verübt Selbstmord

Suhl, 12. Februar. Der Polizeihauptwachmeister Oehmichen von der hiesigen Schutzpolizei erschöpfte seine Frau und sein Kind und tötete sich dann selbst durch einen Schuß.

Als Grund der Tat werden zerrüttete Familienverhältnisse angegeben. Ueber die wahren Ursachen, die zu den „zerrütteten Familienverhältnissen“ führten, schweigt sich der offizielle Polizeibericht allerdings aus. Ist da etwas zu verbergen?

Im Auto ertrunken

Die letzte Fahrt eines Arztes

Bohum, 12. Februar. Der Arzt Dr. Vater aus Quakenbrück im Münsterland wurde in der Nacht zum Freitag zu einem Patienten gerufen. Auf der vereisten Landstraße geriet sein Kraftwagen ins Schleudern und stürzte in einen die Straße begleitenden Rohrkanal, in dem er verschwand.

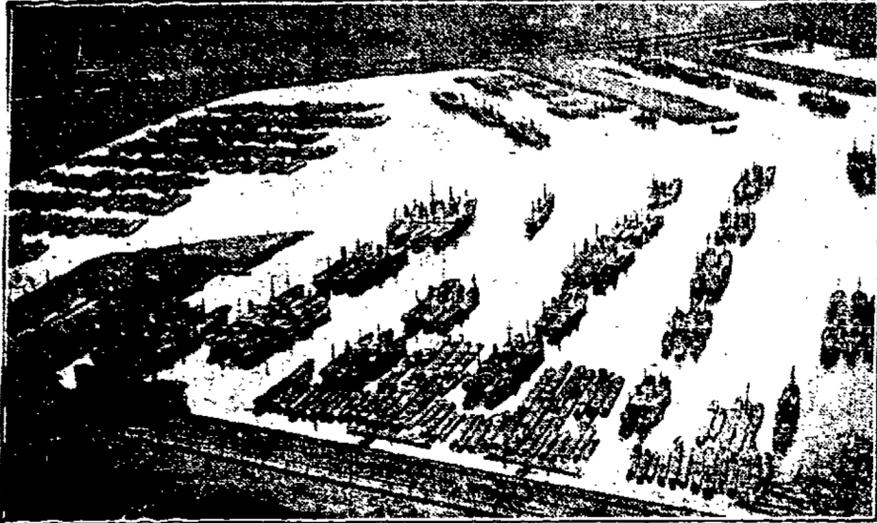
Das Auto mit der Leiche des Arztes wurde später von Bohrarbeitern gefunden. Das Wageninnere wies die Spuren eines schweren Todeskampfes auf und der ergebnislosen Bemühungen des Arztes, sich einen Weg ins Freie zu bahnen.

Wahnsinnstat einer Mutter

Eine furchtbare Bluttat spielte sich am Donnerstagabend in dem Pariser Vorort Anthony ab. Eine 30jährige Witwe ermordete im Keller ihres Hauses in einem Anfall von geistiger Umnachtung ihr fünfjähriges Söhnchen durch Erhängen und erhängte ihr dreijähriges Töchterchen. Darauf beging sie Selbstmord durch Erhängen.

U-Bootsbesatzung des „M 2“ ertrunken?

Die Untersuchungen in dem untergegangenen U-Boot „M. 2“ berechtigen zu der Annahme, daß in dem Augenblick des Unterganges des U-Bootes sämtliche Räume schnell mit Wasser gefüllt wurden, so daß alle in dem U-Boot befindlichen Matrosen den sofortigen Tod durch Ertrinken fanden.



Schiffsfriedhof Rotterdam

Nicht zuletzt durch den starken Rückgang des Schiffsverkehrs auf dem Rhein als Folge der allgemeinen Wirtschaftskatastrophe ist aus Rotterdam, einer der größten Hafenstädte der Welt, ein wahrer Schiffsfriedhof geworden. Unsere Aufnahme gibt im Luftbild einen Ueberblick über ein Becken der Rotterdamer Hafenanlagen, wo Hunderte von Kähnen und zahlreiche Schlepper stillgelegt sind.

Aufklärung der sechsfachen Bluttat in Frankreich

Aus Haß seine Familie ermordet

Maskenball als Alibi — Im Blutrausch gehandelt

Paris, 12. Februar. Der auch von uns gestern gemeldete Massenmord in einem Bauernhaus in der Nähe der französischen Stadt Agen hat eine überraschend schnelle Aufklärung gefunden. Der einzige Überlebende der ermordeten Bauernfamilie, der 30jährige Sohn, hat gestanden, daß er selbst seine Eltern, seine Frau, seine Kinder und seinen alten Onkel erschlagen hat.

Bei der Vernehmung erklärte der Mörder kaltblütig, daß er in einem Blutrausch gehandelt habe. Wenn ihm noch andere Personen begegnet wären, hätte er auch sie noch umgebracht. Als Motiv der Tat gab er lediglich an, daß er die ganze Familie bis auf den Tod haß gelernt habe.

Bei der Bluttat bediente sich der Mörder verschiedener Waffen. So tötete er seine Mutter mit einer Axt, seine Großmutter und seinen Onkel nach er zuerst mit einem Küchenmesser nieder und erschlug sie mit einem Gewehrkolben. Seine Frau und seine beiden Kinder erschoss er.

Nach der Tat war er dann wieder auf den Maskenball zurückgegangen, um sich ein Alibi zu verschaffen.

nur das ganze Gebäude in Mische legte, sondern auch zwei Personen das Leben kostete.

Die Frau eines Kapellmeisters, die eben erst aus dem Krankenhaus entlassen war, kam in den Flammen um. Ebenso ergriff es einer anderen Frau, die noch einmal auf ihr Zimmer zurückgekehrt war, um einen dort zurückgelassenen Betrag von 5000 Franken an sich zu nehmen. Einige Gäste erlitten mehr oder weniger schwere Brandwunden.

„Selbst der Pope mit kurzen Haaren arbeitet jetzt mit uns...“

Ein beller Berliner Junge schickte seinem Freunde folgenden Brief, den wir hiermit zur Kenntnis der Arbeiterschaft bringen:

Lieber Walter!

... da nun Ruhetag war, so ging ich denn wie viele andere in die noch gut massige Kirche, aber nicht etwa um zu beten, sondern um zu preisen. Es ist jetzt eine moderne Speisefläche in diesem großen Dorfe. Ihre zwei großen plumpen Türme sind auf der Spitze mit je einer roten Fahne geschmückt, so etwas hab ich selbst noch nicht am Köllnischen Park in Berlin oder sonstwo gesehen. Und der Pope hat sich bereits vor Jahren seine langen Haare schneiden lassen und arbeitet jetzt mit in meinem Betriebe. Nun, ich denke, wenn das bolschewistisch ist, dann ist das aber gut...

Am laubergeckelten Tisch, wo nur Arbeitende saßen, bekam ich auf meinen Wunsch als Vorspeise einen Keller kräftige Kohlsuppe mit genügend Rindfleisch, dann ein Kotelett mit Salztartoffeln. Nachspeise ein sogenanntes „Pitor“, es ist ein gedankenes Gericht, etwas größer als eine große Schrippe und besteht aus Reis und Fleisch. Und zum Schluß den nie fehlenden Tee (genannt Tschan) mit Konfitüre. Ich war satt. Dieses hat zusammen einen Rubel und 15 Kopelen gekostet.

Auf der Straße sieht man nicht uniformierte Automaten mit Sammelbüchse oder Nazi- und Sozi-Abzeichen und vollgeessene Bourgeois, sondern Rotarmisten mit ihrem Sowjetstern am Helm, auf Jagd gehende Arbeiter, sowie die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen, Frauen und Angestellte mit ihren Pelzmützen, Pelzen und Jacken.

Um 5 Uhr, nach Moskauer Zeit um 3 Uhr, und nach eurer Zeit um 1 Uhr nachmittags, ging ich dann mit einem russischen

Angestellten aus unserem Kontor in den Klub, wo ein Arbeiterfilm gespielt wurde. Hier werden nur Filme, Theater, Versammlungen und sonst von Arbeitern und zu deren Aufklärung geeignete Veranstaltungen gemacht. Das ist frei, genau wie das Frühstück am Arbeitstag und das Quartier nebst Feuerzeug und elektrischer Beleuchtung. Es wird nicht vom Monatslohn abgezogen.

Ich bin im nördlichen Ural und bin von Moskau auf meinen Wunsch nach hierher gefahren, da in Moskau, trotzdem viel und überall gebaut wird, durch den ungeheuren Zustrom aus dem Dorf und dem Ausfall der Wohnungen knapp sind. In Moskau bekam ich 150 Rubel Speise und das ganze Fahrgeiß nebst Schlafkarte vom Stahltrakt. Die Fahrt selbst war interessant. Gefahren bin ich reichlich vier Tage und Nächte. Leider ist es mir nicht möglich, alle Einzelheiten mitzuteilen, da ich außer meiner Arbeitszeit nicht nur schreiben kann, sondern ich will mich noch tiefer in die Metallkunde einarbeiten. Ich arbeite gegenwärtig an einer elektrischen Kleinmaschine aus Leipzig-Sellerhausen, außer vieler Art noch 23 andere verschiedene elektrische Maschinen aus Deutschland in meinem Betrieb.

Es gibt hier noch für Millionen Arbeit, nur sind für ausländische Arbeiter die ersten Wochen schwer, weil er sich erst an das Klima, Sprache und sonstige Dinge gewöhnen muß. Arbeitslosigkeit, Hunger, Knechtschaft sind hier begraben, das gehört der alten Geschichte an. Trotzdem ich hier in unserem Ort, in dem zwei Stahlwerke sind, der einzige deutsche Arbeiter bin und gute Freunde in der alten kapitalistischen Heimat habe, sehne ich mich nicht nach Deutschland zurück. Nur wenn ich im Sommer meine vier Wochen Ferien bekomme, werde ich dich mit aufsuchen. Da ich nun noch viele Briefe zu schreiben habe und auch noch viel russisch lernen muß für heute genug. Deshalb mit den besten Grüßen aus dem Sowjetural verbleibe

Dein Walter Dahn

Verantwortlich: Alfred Henrich, Berlin.

Salaban geisteskrank?

Berlin, 12. Februar. Der Verteidiger des verhafteten Falchmünzers und Rechtsgelehrten Dr. Salaban hat den Antrag gestellt, daß sein Mandant auf Zurechnungsunfähigkeit untersucht wird.

Salaban ist bereits einmal in Hamburg auf Grund des Paragrafen 31 von der Anklage des Betruges freigesprochen worden. Geheimrat Hommer hat ihn seiner Zeit untersucht und ist zu der Feststellung gelangt, daß Salaban tatsächlich geisteskrank sei. Er soll jetzt zum Zweck längerer Beobachtung in eine Irrenanstalt gebracht werden.

Eller Cafe in Flammen

Zwei Frauen verbrannt — Zahlreiche Verletzte

Paris, 12. Februar. In einem der großen Cafés an der Avenue des Champs-Élysées, brach in den Nachmittagsstunden des Donnerstag ein Feuer aus, das nicht

Gutsbesitzer Anders, Klein-Schildern, macht eine Rußlandreise

Die Antwort auf seine Rußlandheke

Der Delegation deutscher Bauern nach der Sowjetunion hatte ich persönlich auch der Gutsbesitzer Anders aus Klein-Schildern, Landkreis Pommern, angeschlossen. Ein Gutsbesitzer mit 200 Morgen Land, ein ausgesprochener Großbauer, dessen Einkommen hauptsächlich mit den Händen von Tagelöhnern und Dienstboten erarbeitet wird, wird nur in sehr großen Ausnahmefällen an den neuen Formen der Landwirtschaft in der Sowjetunion Gefallen finden. Er muß sich hant schon zu dem Grundsatz durchgerungen haben, daß die Ausbeutung von Menschen durch Menschen unwürdig ist und daß der Grundbesitz zu gelten hat:

Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.

Herr Anders stand und steht auf diesem Standpunkte nicht. Er ist zwar dafür, daß ihm die Revolution die Schulden nimmt, die er in recht beträchtlichem Maße in den letzten Jahren aus Spekulation gemacht hat. Aber dann sollen seine Landarbeiter weiter für ihn schuften. Solche Leute werden im heutigen russischen Dorfe nichts Erfreuliches für sich sehen.

Aber dazu kommt, daß der Gutsbesitzer Anders noch mit ein paar weiteren Vorbelastungen versehen ist, die ihn wenig geeignet machen, eine objektive Prüfung der Verhältnisse zu unternehmen. Was auch immer geschieht, machen nach seiner Ansicht die Juden. Da bauen sie am Dnjeprflusse ein riesiges Kraftwerk, das zweitgrößte der Welt. Der Strompreis für die Bauern wird dadurch von 35 auf 4 1/2 Pfennig herabgesetzt. Herr Anders meint aber schlau, das machen die Juden alles nur, um das Volk zu verflaven. So kommt es denn auch, daß er in seinem Bericht überall Juden sieht, wo keine sind. Selbst die Dolmetscher, darunter den Münchener Jungarbeiter Michael Reithmeyer, macht er zum Juden! Die neuen Schulen, die Umverteilungen, die technischen Hochschulen: sie alle werden von den Juden nur errichtet, um das Volk zu verdummen! Und überhaupt die Juden . . .

Dann aber weiß Herr Anders von vornherein, daß in Rußland alles

„Potemkinsche Dörfer“

sind. Wenn er in Rußland mit dem Schädel an das Riesengebäude des Zentralverbandes der Industrietrusts der Sowjetunion gestoßen wird, dann medert er sicher: „Das ist auch Pappbeleg!“ (Selbst wenn der Schädel dabei in Trümmer gehen sollte, wird das sein letzter Ausruf sein.) In der Steppe draußen hatten sie in wenigen Jahren eine neue landwirtschaftliche Stadt geschaffen. Statt in Schnitterkasernen wohnten die Landarbeiter in sauberen Häusern. Jede Familie hatte ein Zimmer für sich mit elektrischem Licht und Zentralheizung. Sie hatten eine gemeinsame Speisekammer, und auf jedem Korridor gab es einen Raum, in dem der Teekessel surrte, und einen zweiten, in dem die Frauen waschen konnten. In dieser neuen landwirtschaftlichen Stadt, drei Jahre nach der Gründung, gab es eine technische Hochschule mit 800 Studenten und eine Vorbereitungsanstalt mit 1000 Studenten. Mißmutig schlich aber an der Anders zwischen den Gebäuden umher. Ein Rad, diese Rassen, was für ein Dreck hier herrscht — nicht einmal Rassen haben sie angefaßt! Und in der Tat, es hatte geregnet, und der feste Boden der Steppe beschmutzte Herrn Anders' Stiefel — kein Wunder — sicher haben das auch die Juden gemacht, um Herrn Anders zu ärgern! Und als er gar einen Gaul vor der großen Schmelze sah, jubelte sein Herz, denn die „russischen jüdischen Lügner“ waren entlarvt. Gatten sie doch gerade erzählt, die ganze Feldbestellung würde durch Traktoren ausgeführt — und hier steht nun wirklich ein Gaul! Und zu der Judenangst und dem sicheren Wissen um die „potemkinschen Dörfer“ kam dann noch ein Drittes: ein recht beträchtliches Maß von Beschränktheit. Schließlich gibt es doch nicht viele Gebildete in Deutschland, die nicht wissen, daß durch die bolschewistische Revolution 1917 das gesamte Land der Willigen, der Großgrundbesitzer, die Ländereien der Krone und der Kirche den Bauern übergeben wurden. In seinem Rußlandbericht in der „Schwarzen Fahne“, aus dem ich auch die weiteren Stellen entlehne, meint Herr Anders aber:

„Im Verlaufe der Zeit nach 1922 hätten die Bauern Land vom beschlagnahmten Großgrundbesitz in beschränktem Maße zugewiesen bekommen.“ (Nr. 23.)

Es gibt auch nicht viele Gebildete in Deutschland, denen unbekannt geblieben ist, daß man jetzt im Jahre 1932 den Fünfjahresplan in vier Jahren vollendet und den zweiten Fünfjahresplan vorbereitet. Krüsch und froh erzählt Herr Anders, daß 1922 der erste Fünfjahresplan und 1927 der zweite Fünfjahresplan von Stapel gelaufen sei! Er hat sogar entdeckt, daß bereits im Jahre 1921 (!) die Diktatur des Proletariats in Rußland ausgerichtet worden sei! Und obwohl Herr Anders eine Broschüre hat: „Die Konstitution der UdSSR“, in der er jede gewünschte Auskunft über die Verfassung erhält, erzählt er, die Arbeiter hätten je eine Stimme, die Bauern aber je fünf bekommen eine. Der Vortrat sei das höchste Gericht. Nun allerdings.

Herr Anders als Kulak hätte nach der Sowjetverfassung kein Stimmrecht.

Das wollen wir ihm hierdurch bestätigen.

Es ist wichtig, nur einige der sachlichen Unrichtigkeiten aufzuzählen, um die ganze Glaubwürdigkeit des Berichts in das richtige Licht zu rücken. Neben drei Wochen war Herr Anders mit dem Vertreter der einladenden Organisation, des Zentralverbandes der Kollektivwirtschaften, zusammen, mit dem Kommandanten Gorodkow. Aber er hat nicht begriffen, daß das der Vertreter der einladenden Behörde war. Er ernannt dazu den Professor Kornblum vom Internationalen Agrarinstitut, der Mitglied der Empfangskommission für ausländische Bauerndelegationen ist. Es wird Gorodkow und Kornblum ganz gleichgültig sein, ob Herr Anders lapiert hat, wer sie waren. Aber so wenig er dies verstanden hat, was doch immer noch, da es sich nur um zwei Personen handelt, recht einfach zu sein scheint, so wenig hat er etwas begriffen von den Vorgängen auf dem Dorfe und in der Stadt.

Da waren wir z. B.

im Bauernheim in Moskau.

Es ist dies ein gewaltiges Gebäude mit etwa 900 Betten, großer Speisekammer, Rechtsauskunftsstelle und autonomische Beratung für die Bauern, die aus dem Dorfe in die Stadt kommen. Sie sollen sich nicht mehr als Fremde, als Gebuldete, fühlen, sie haben heute in der Stadt, und zwar nicht nur in Moskau, sondern in über 1000 Städten und Landstädten größere oder kleinere Bauernheime dieser Art. In dem Zentralbauernheim der Republik gibt es nun eine größere Anzahl von Zellen mit Ausstellungsobjekten. Es war eine Abteilung

für Futterlehre, für Samenbau, für das Genossenschaftswesen, für die tierärztliche Behandlung, für Maschinenlehre — und überall wurde Herr Anders durchgeführt. Bevor wir in dieses Haus gingen, war ihm genau erklärt worden, welche Aufgaben diesem Bauernheim gestellt seien. Als wir das Haus besichtigt hatten, war er gerade so weit, daß er es für die landwirtschaftliche Universität gehalten hatte, die aber völlig ungenügend sei! Da kann man eben nichts machen, denn er hat die Richtige gestellt, die ich ihm gleich gab, laut seinem Bericht (Nr. 25) ja auch wieder vergessen. Ein paarmal beruht er sich auf mich. Da soll ich erzählt haben:

„Nach Aussage unseres Führers, des Reichstagsabgeordneten Puz, hat ein ausländischer Professor ein Buch geschrieben, in dem er nachweist, daß die Angaben über das Gut Verblud nicht richtig sind.“

Wie war die Sache in Wirklichkeit? Herr Anders unterhielt sich mit mir, ob das Gut Verblud wohl rentabel sein könne. Er halte das für ausgeschlossen. Da erwähnte ich, daß man eine Rentabilitätsberechnung nicht so aus dem Handgelenk nachprüfen könne. Dem amerikanischen Schriftsteller Knickerbocker sei es passiert, daß er in dem auch in Deutschland recht bekannten Buch: „Der rote Handel droht“ mit ungenügenden Unterlagen zu einer falschen Schlussfolgerung gekommen sei, die ihm dann in einer Pressepolemik durch den Direktor des Staatsgutes Giganat widerlegt worden sei. Dabei erwähnte ich ausdrücklich, daß derselbe Schriftsteller das Gut Verblud besonders gelobt habe.

Herr Anders meint, wir hätten auf das Gut Kammarjal (260 000 Hektar) fahren wollen. Dabei war ihm ein duzendmal gesagt worden, daß wir auf der Kommune „Kommajal“, einer Kommune mit etwa 5000—6000 Hektar Land die Berechnungen und das



Kulak Anders aus Klein-Schildern

Leben einer Kommune genau studieren wollten. So wirt er eben immer alles durcheinander, bequemt nichts richtig und erzählt daher selbst Kleinigkeiten absolut falsch. Da hat er z. B. einen Kollektivbetrieb mit 15 Traktoren und einem Fassungsvermögen von 240 000 Eiern entdeckt. Die Zahl der Hühner auf der Hühnerfarm betrug aber nur 50 bis 80 Stück (die andern haben sicher die Juden verspeist). Trotz der sorgfältigen Erklärung, daß dieser Inzubator die zentrale Brutanlage für die Hühnerfarmen und die Bauernwirtschaften des deutschen Rayons Halbstadt sei, und von hier aus die Eintagsküken im Frühjahr sofort auf die Dörfer gebracht würden, hat er wieder einmal nichts lapiert.

Am gleichen Tage waren wir auf der Hengsthaltestation. Es war wiederum eine staatliche Einrichtung, um die Stuten der Bauern mit erstklassigen Zuchttieren für billiges Geld decken zu können. Wiederum macht er aus dieser Einrichtung eine Kollektive und überlegt sich nun, warum man eigentlich eine solche Hengsthaltestation eingerichtet habe. Bei den vielen Traktoren braucht man doch keine Pferde mehr, und es war irgendein kindiger Kommunist (sicher ein Jude) auf die Idee gekommen, hier eine Hengststation zu machen, damit eine gute Futtermischung für einige Beamte geschaffen würde!

Ganz erstaunlich findet es unser Freund, daß in der zweiten Hälfte des Monats November in Rußland die Gärten überaus öde aussehen. Wahrscheinlich blühen in Klein-Schildern bei Herrn Anders die Rosen und die Maiglöckchen um diese Zeit und der Kohl kommt gerade aus dem Boden hervor. Ganz erstaunlich, daß das hier nicht auch so ist. Aber in Wirklichkeit hat er doch einen anderen Grund entdeckt. Nebeneinander hat ihm die Bevölkerung gesagt, daß sie zwar ihre Gärten bestellten hätten, die Kollektivverwaltung habe sie aber gerodet. Was sind das doch für Menschen! Diese Kollektivverwaltung sind die auf der Genossenschaftsversammlung gewählten Vorstandsmitglieder, meist fünf bis sechs Personen. Diese Absenteeisten haben nun die erstaunliche Tatkrast aufgebracht, von jeder Familie vier Morgen Gartenland abzuverleihen, das wären bei 200 Familien im Dorfe so an die runden 800 Morgen. Dämmert's Ihnen da nicht, Herr Anders, daß Sie wieder einmal etwas nicht lapiert haben?

Uebrigens diese Verwaltung und diese Kollektive! Wenn man bloß wüßte, was das eigentlich wäre. Da ist man nun mehrere Wochen durch die Sowjetunion gefahren, man hat Dörfer und Staatsgüter gesehen, und man hat 25 Broschüren über die Kollektivwirtschaft in deutscher Sprache in seiner Aktentasche stecken. In diesen Heftchen sind die Erlasse abgedruckt über die Verteilung des Gewinnes aus den Genossenschaften, über die Ordnung in der Kollektive, über die Organisation genossenschaftlicher Viehhaltungen. Trotz alledem, Herr Anders schüttelt den Kopf und stöhnt: Die Art der Abrechnung des Lohnes war nicht zu ergötzen (Nr. 26), aber nicht nur das verstand er nicht: Artel, Kommune (zwei Formen des Genossenschaftswesens), Staatsgut — alles wird immer fröhlich durcheinander geworfen.

Ganz böse Menschen sind doch die Brigadiere, weil sie nach dem Grundsatz handeln:

„Wer viel arbeitet, soll viel essen — wer wenig arbeitet, soll auch wenig essen“

und dementsprechend dem Faulpelz und Drückeberger innerhalb der Genossenschaft nur so viel Einheiten, aus denen sich später der Gewinnanteil berechnet, aufschreiben, wie er wirklich verdient. Herr Anders möchte gar zu gern viele Einheiten haben, ohne daß er etwas

zu tun braucht, denn der obengenannte Grundsatz liegt ihm gar nicht.

Wir saßen am Bahnhof in Charlott. Wir hatten bis zum Abgang des Zuges noch etwas Zeit, und ein Verhandlungsmitglied des Ukrainischen Zentralverbandes der Kollektivwirtschaften gab bereitwillig Auskunft über die Organisation des Genossenschaftswesens in der Ukraine. Einige Fragen, so die Fragen nach dem Durchschnittsertrag, nach der Anbaufläche der verschiedenen Fruchtarten zur Ukraine, nach der Anbaufläche der verschiedenen Fruchtarten zur Ukraine, beantwortete der Auskunfterteiler nicht, da er die exakten Zahlen nicht zur Hand hatte. Diese Zahlen erführen wir genau auf dem Dorfe, indem ich sie uns beschaffen, wenn wir dort, darauf legten. Also siehe da, ein ausgemachter Troddel — von Landwirtschaft versteht er gar nichts! Dabei hat Herr Anders bloß wieder mit dem „rechten“ Ohr zugehört, als wir an den Auskunfterteiler die Frage stellten, aus welcher sozialen Stellung er komme und wo er seit 1919 gearbeitet habe. Es stellte sich heraus, daß er der Sohn eines Landwirtschaftslehrers war, selbst die landwirtschaftliche Hochschule besucht und seit 1919 ununterbrochen auf den verschiedensten Gebieten der Landwirtschaft gearbeitet hatte. Er war also ein Fortkriegsspezialist, der sich in den Dienst der Sowjets gestellt hatte. Der schlaue Anders aber triumphiert: „Von Landwirtschaft hat er keine Ahnung!“ (Nr. 1/1932.)

Es hat wirklich keinen Zweck, die Schreibereien des Gutsbesitzers Anders noch auf weitere Einzelheiten und Unsinnsigkeiten hin durchzugehen. Es ist dabei meist noch nicht einmal Böswilligkeit, wenn er groben Unsinn schreibt. Die wahren Gründe, warum ein buntes Gemisch größter Dummbereien zustande kam, habe ich weiter oben schon auseinandergesetzt. Ob an dieser Dummberei des Herrn Anders die Juden auch schuld sind, entzieht sich meiner Kenntnis.

Etwas boshafter und hinterhältiger wird der Kulak Anders, wenn er Vorträge hält. Wir liegen eine Reihe von Briefen vor aus seinen Verfammlungen, in denen u. a. folgende Fragen an mich gestellt werden:

„Ist es wahr, daß das Militär gegen Stalin ist? (60 000 Soldaten marschieren in der Parade vom 7. 11. 31 vor Stalin vorbei, wie Herr Anders selbst feststellen konnte.)“

„Ist es wahr, daß jeder Bauer täglich nur ein halbes Pfund Brot bekommt, in dem Käse und Lappen eingebunden seien?“

„Kriegt der Bauer, wenn er in die Kollektive geht, für seine Kuh kein Geld, falls er weiterhin Milch beziehen will? Oder, kriegt er die Kuh nur bezahlt, wenn er für sein weiteres Leben auf das Milchtrinken verzichtet?“

„Ist es wahr, daß der Bauer in der Kollektivwirtschaft umsonst arbeiten muß und nur einmal im Jahre ein paar Pfennige bekommt? Stimmt es, daß die ganze Bevölkerung mit Schmerzen auf die Befreiung durch die Japaner wartet?“

Hier sehen wir schon ein bißchen besser, welche Unwahrheiten der Kulak Anders verbreitet, wenn er weniger kontrolliert ist. Aber alle, die diesen Bericht lesen und die Vorträge des Anders anhören, wissen sich eines gut merken: Wichtig ist, daß die Gutsbesitzer und Großbauern vom Schlage des Anders, die glauben, aus fremder Arbeit leben zu können, es in der Sowjetunion nicht gut haben könnten, daß der Grundsatz gilt: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen! Und alle, die diese Vorträge besuchen, sollen sich scheinbar die nachfolgenden Broschüren kaufen, die im Internationalen Arbeiter-Verlag, Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28, herausgegeben wurden:

„Der Bauer mit dem Traktor“ — „Bauern. Romane Kommaja“ — „Was geht im Kollektivisierten Sowjetdorf vor?“ — und sie sollen den Bericht lesen, den die deutsche Bauerndelegation in der Neuen Deutschen Bauernzeitung (Verlag Neues Dorf e. S. m. b. H., Berlin W 50, Passauer Straße 37) gegeben hat.

Noch ein paar wenige Dinge sollen richtiggestellt werden. Der Landwirt Hermann Wolter aus Calbe a. d. Saale, Brumburgweg 49, vermahnt sich entschieden dagegen, daß er als Kronzeuge von dem Gutsbesitzer Anders mißbraucht wird. Er teilt mit, daß allein auf einer Versammlung 800 Zuhörer seine Berichterstattung über seine Reise durch die Sowjetunion angehört hätten, und daß im Anschluß daran 38 Bauern, Handwerker und Arbeiter sich in die kommunistische Partei aufnehmen ließen. Diese Tatsache zeigt am besten, wie es mit der Wahrheitsliebe des Herrn Anders bestellt ist.

Schließlich möchte ich Herr Anders noch gar zu gern von seiner Unterschrift drücken, die er unter das Schreiben gelebt hat, daß die Delegation an die Bezirksbehörde des deutschen Rayons Halbstadt bei der Abreise richtete und in dem sie ihre Eindrücke festhält. Nun von dieser Unterschrift kann er sich mit den schönsten Worten nicht losschwappen. Das keinerlei Zwang bestand, diesen Brief zu unterschreiben, geht am besten daraus hervor, daß einer der Kollegen ihn erst unterschrieb, nachdem bestimmte Klagen in der Schlussfaktung mit den örtlichen Behörden und Genossenschaftsvertretern geklärt waren. Ebenso schreibt Anders ja selbst, daß zur Unterschrift keinerlei Zwang vorlag, da das Schriftstück an den Zentralverband der Kollektivwirtschaften von ihm nicht unterzeichnet wurde. Nebenbei bemerkt: Das nennt Anders dann „schlechthin eine Knebelung der freien Meinung!“ (Nr. 2/32.) So wurde nämlich die freie Meinung geknebelt, daß jeder Delegierte tun und lassen konnte, was er wollte. Ihm wäre die „Freiheit“ lieber gewesen, die ihn zur Unterschrift kommandiert hätte. Nicht gar so dummes Zeug schreiben, Kulak Anders!

Die „Schwarze Fahne“ gegen Anders

Die „Schwarze Fahne“ vom 14. Januar 1932 schreibt unter der Überschrift „Kommunismus — Rußland — mir“ einen Leitartikel, in dem sie Herrn Anders in lebenswürdiger Weise einige Grobheiten sagt. „Wir haben diesen neuen russischen Staat nicht gespielt, er hat mit der Brille deutscher Sentimentalität zu betrachten. (Meckst Du etwas, Spießer Anders!) . . . Rationalistisch sein, heißt nicht pathetische Reden halten, heißt nicht, versuchen, seine angeborene Vorzugsstellung auf jeden Fall sich zu erhalten, sein Vermögen, seine Güter und anderes mehr.“ Das aber ist es, was Herr Anders möchte. Und deswegen hat er in den Reihen des werktätigen Volkes nichts zu suchen, deswegen kann ihn in Rußland nichts gefallen, und deswegen muß er die Unwahrheit über die Sowjetunion verbreiten, denn er als Kulak hat wirklich ein Interesse,

„alles daran zu legen, um zu verhindern, daß die Zustände in Sowjetrußland übertragen werden auf Deutschland.“

Ernst Puz,

Mitglied der Rußlanddelegation deutscher Bauern.

Arbeiterport in der roten Einheitsfront gegen faschistische „Eiserne Front“

Von C. Grube

Die Führer der „Eisernen Front“ führen eifrig die Werbetrommel. An der Spitze dieser Kampffront (gegen den Faschismus) stehen alle die bekannten Führer der SPD, des ADGB, des Reichsbanners und der reformistischen Arbeiterportorganisationen. Diese Sozialfaschisten, die immer in den vergangenen Jahren ihren Einfluss einbrachten, um die bedrohte kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung gegen die revolutionäre Arbeiterklasse zu verteidigen, stellen sich heute als Kämpfer gegen den Faschismus vor. Ihre letzten großen Taten waren: der von der Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur, der Regierung Brüning, diktierten Lohn- und Gehaltsabbau zu sichern.

Eine besondere Rolle in diesem Kreis nehmen die reformistischen Sportführer ein. Im Verein mit den bürgerlich-faschistischen Sportführern wetteifern sie in der nationalsozialistisch-bourgeoisen Erziehung der Mittalbeiter. Die Opposition, die gegen den sozialfaschistisch-bourgeoisen Kurs auftritt, wird von diesen Sportführern ausgeschlossen. Sie, die bewußt die Arbeiterbewegung gespalten haben, machen jetzt in Einheitsfront, in Einheitsfront mit Lemwald, Dominicus, den Vertretern des Reichsbanners für Arbeitsbeschäftigung, die den Ruf für die Wahl Hindenburgs unterdrückt haben. Genau wie diese faschistischen Minister a. D. werden die Bildung, Gellert und Co. Agitation und Propaganda für die Wahl Hindenburgs treiben. Die „Eiserne Front“ achtet ebenfalls in Hindenburgburg wie Harzburger Front.

Diese offene faschistische Politik in vornehmlichen Arbeiterportlern nicht zu verteidigen. Deshalb bemüht sich Bildung, der Sekretär der Zentralkommission für Arbeiterport und Arbeitsbeschäftigung, eifrig, in Versammlungen und Anlässen die Arbeiterportler einzuladen. Bei dieser Tätigkeit offenbart sich die ganze Engstirnigkeit und der konterrevolutionäre Charakter der Politik der reformistischen Sportführer. Kramschick bemüht sich Bildung in der von der „Eisernen Front“ verteilten Zeitschrift in einem Artikel „Der Arbeiterport in der Eisernen Front“ die „Erzugnissen der kapitalistischen Republik“ anzuweisen. Der reaktionäre sozialfaschistisch-mittelbürgerliche Geist stellt er die fortgeschrittenen Kampfkämpfer gegenüber. Ueber die Vorkriegszeit schreibt er daher u. a.:

„Die Turnhallen und Spielplätze der Gemeinden wurden den Arbeiterportvereinen im ganzen Reiche vorenthalten. Die Terror der Staatsgewalt schloß sich die Schützen durch die Mächte des Kapitals müchtig an ...“

Hiermit will Bildung behaupten, daß die Arbeiterportler sich heute ungehindert betätigen können. Das entspricht nicht der Wirklichkeit, indem er im selben Artikel fortführt:

„Aber auch unter den gegebenen Verhältnissen hat die Republik die Arbeiterportbewegung gefördert. Sie hat uns geholfen, unser kolossales Lehrgebäude in Leipzig zu errichten. Reich, Länder und Gemeinden haben mit geringen Ausnahmen die Arbeiterportbewegung gefördert, in manchen Ländern — Sachsen sei rühmend genannt — in gleicher Maße wie den bürgerlichen Sport. Auch unter den bisherigen Regierungen im Reiche hat sich an dieser Politik nichts geändert; sowohl unter den Ministern Brüning, als Schiele und Neudell sind die Beihilfen ungeschmälert

weiter gezahlt worden. Das ist wohl ein Beweis dafür, wie wertvoll die Bewegung selbst von ihren Gegnern eingeschätzt wird ...“

Bildung ist stolz darauf, daß Neudell, der deutschnationale Schiele und Brüning als Minister den Charakter der sozialfaschistischen Politik der reformistischen Bundesverbände richtig eingeschätzt hat. Wie gern Brüning und Hindenburg die Gellert, Bildung als Bundesgenossen begrüßen, ebenso ist auch diese Politik der Reformisten von den Massenbewußten Arbeiterportlern abgelehnt. Die sporttreibenden Arbeiter und Arbeiterinnen, die gegen die faschistische Politik kämpfen und ihrer Ursache treu ergeben sind, werden heute schärfer verfolgt als jemals in der Vorkriegszeit.

In der Folge dieses Verfolgungsgeluges, bei der Entziehung der sportlichen Lebungsstätten, bei der Demunition roter Sportler haben die Bildung, Gellert, Zvering mit Lemwald, Diem, Giller und Gschöbel in einer Front. Wie weit die Verfolgung von Arbeiterportlern geht, hat uns deutlich die Sportfachdelegation der RSDAP gezeigt. Hier wurden Hunderte von Arbeiterportlern wegen des Tragens der Sportfachdelegation verhaftet und vor den Schnellrichter gebracht. Ueber die jetzigen „fortschrittlichen Zustände“ mußte selbst das Zentralorgan der RSDAP nach dem Erlaß der 1. Rotverordnung schreiben:

„Die Arbeiterportler dürfen ihre Bundesnadel, die sie schon zu Wilhelm's Zeiten jahrelang ungehindert tragen durften, jetzt nicht mehr anheften, wenn sie nicht hohe Strafen riskieren wollen.“

Wollt die Millionen der alten sporttreibenden Arbeiter und Arbeiterinnen den faschistischen Charakter der Sportpolitik der

Zentralkommission erkannt haben, deshalb lehnen sie das Betrugsmanöver, das die Eisernen Front durchführt, restlos ab. Gemeinsam mit den roten Sportlern werden sie die antifaschistische Sportfront formieren und sich in die rote Einheitsfront einreihen. Immer mehr erkennen sie die Wichtigkeit des sportpolitischen Kurzes der Kampf-gemeinschaft. Sie beteiligen sich nicht an der Gründung von Hammer-schaften und Wehrsportabteilungen. Die Schutzstaffeln, Wehrsport-abteilungen, die von den reformistischen Sportführern propagiert werden, haben die Aufgabe, gegen die revolutionäre Arbeiterklasse zu kämpfen. Sie sollen Teile der faschistischen Kampffront gegen die Kämpfer des Sozialismus sein. Die sporttreibenden Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich aus den besten Altersklassen des Proletariats rekrutieren und durch ihre sportliche Betätigung alle Voraussetzungen für den erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus besitzen, treten ein in den roten Massenelbstschutz. Gemeinsam mit Parteigenossen, mit den proletarischen Mitgliedern anderer Organisationen schaffen sie in den Betrieben rote Betriebsportgruppen. Auf den Stempelstellen betätigen sie sich aktiv für die Schaffung von Erwerbslosen-Staffeln. In den Wohnbezirken organisieren sie den Straßenschutz. Die mehrwöchentliche Betätigung machen sie zu einer Angelegenheit der gesamten Arbeiterklasse. Sie schaffen mit die Einheitsfront vor unten im Kampfe gegen Faschismus, Sozialfaschismus, gegen den Imperialismus und imperialistischen Krieg.

Gegen „Eiserne Front“, rote Einheitsfront, ist ihre Parole. Gegen Brüning-Zvering-Giller! Für den roten Arbeiterlandthron Thalmann!

Fußball-Gesellschaftsspiele

- 10,00 Uhr: Falke West I — Rot-Weiß I, Weidplatz, Meizer (Fichte).
- 10,30 Uhr: Süd I — Fichte I, Opperau, Keller (Fortuna).
- 9,00 Uhr: Süd II — Fichte II, Opperau, Schuppich (Fanal-West).
- 14,30 Uhr: Schwarz-Gelb I — Soli I, Mineroaplag, Deus (Falke).
- 10,30 Uhr: Ost I — Dynamo I, Wolfswitz, Nieder (Süd).
- 9,00 Uhr: Ost II — Dynamo II, Wolfswitz, Steinert (Soli).
- Trebnitz I — Soli Iomb, Trebnitz, Verein.
- Fortuna I — Spielvereinigung II, Hilbert (Soli).
- Fortuna II — Spielvereinigung I, Biedzag (Schw.-W.).
- Fanal-West II — Süd III, Ritschke (Dynamo).

Wüstegiersdorf I — Eiche-Mieder-Salzbrunn I 0:0

Am vergangenen Sonntag spielten die 1. Mannschaften oben-genannter Vereine in Mieder-Salzbrunn. Bis zur Halbzeit entwickelte sich ein hartes, fair durchgeführtes Spiel, in welchem beide Mannschaften eifrig bemüht sind, ein Tor zu erzielen. In der zweiten Halbzeit drückten die Mieder-Salzbrunner mächtig aber der „Eiche“-Sturm verlor er nicht, durch mangelhaftes Schußvermögen und in-teressanterweise vor dem Tor zu einem zählbaren Erfolg zu gelangen. Alles in allem ein Erfolg für die Wüstegiersdorfer Ge-nossen. Da dies nur mit 10 Mann spielten.

Sonntag, den 14. Februar,

welche der Breslauer Verein Grün-Weiß mit 3 Mannschaften in Mieder-Salzbrunn zu Gast, und „Eiche“ wird alles daransetzen müssen, um gütlich abzuschneiden. Anstößezeiten:
Grün-Weiß III gegen „Eiche“ 2 um 12 Uhr.
Grün-Weiß II gegen „Stern“-Zirkau II um 13,30 Uhr.
Grün-Weiß I gegen „Eiche“ I um 15 Uhr.

Weitere Ausschlässe im ASV. Görlitz

Am 29. Januar fand eine Solidaritätssport-Veranstaltung statt, wo wieder Mitglieder des ASV-Görlitz die Einheitsfront des roten Sportes verteidigten. Selbige wurden auf Grund ihrer Solidarität ausgeschlossen. Dieses meldete die „Volksstimme“ von der Luisenstraße als großes Ereignis ihren Lesern. Schon die Ueberschrift zeigt den wenig geistigen Horizont der Leitung des ASV und des verantwortlichen Redakteurs. Wir überlassen dem Görlitzer Sportpublikum und der Sportgenossen im ASV, sowie ASV, die Lügner zu entlarven, wenn die gesamte Bundeswehrmannschaft mit den deutschen Einzelkämpfern Beyerle, Streich usw. im Görlitzer Ring erscheinen werden. Kommentar überflüssig.

Desgleichen danken wir der „Görlitzer Volksstimme“ an dieser Stelle für ihre ausgezeichnete Propaganda. Der Dank des Sportpublikums ist ihr gewiss, denn selbige werden mit einem Wasserbesuch der nächsten Veranstaltung von „Rot-Sport“ quittieren.

Freie Turnerschaft Oppeln — ASV. Fichte-Neiße 4:3

Anlässlich des Stiftungsfestes von ASV. Fichte-Neiße war die erste Mannschaft der Freien Turnerschaft am letzten Sonntag in Fichte und spielte gegen die Fichte-Neiße. Die Doppelner Mannschaft, die von Spiel zu Spiel ihre Technik verbessert, konnte mit einem Sieg und dem Bemühen, den roten Sport durch ein Propaganda-spiel würdig vertreten zu haben, nach Hause zurückkehren.

Dem Spielverlauf nach waren die Doppelner gut und dieselben konnten, wie oben bemerkt, 4:3 gewinnen. Halbzeit stand das Re-sultat 2:1 für die Fichte.

Freie Turnerschaft Oppeln

Stellt sich die Beschlüsse des in Breslau stattgefundenen Einheitsfrontkongresses, des von bürgerlichen, reformistischen und roten Sportlern besuchten Kongresses. Sie beschloß, 10 Prozent der Monats-einnahme an den Wahlfonds der SPD für die Durchführung der Wahl des Arbeiterlandkandidaten Ernst Thalmann abzugeben.

Sportvereinigung Nord-Ost 03 Breslau

Abteilung Obertor

Montag, den 15. Februar, 20 Uhr, Turnhalle Waterloostraße, erster Trainingsabend in Jiu-Jitsu für Scheitnis und Obertor. Anfänger können sich dabeifst melden. Aufnahmegeld braucht nicht bezahlt werden.

ASV. Fichte

Sonntag, den 14. Februar, Heimabend ab 18 Uhr, im Fichte-Heim, Siebenhüfener-Straße 13/15, Seitenflügel 3.

Agitationsbezirk

Montag, den 15. Februar, 20 Uhr, bei Garbhan, Vereins-Tagung. Jeder Verein hat außer dem Vorstand noch einen Delegierten zu senden. Eintritt nur mit Ausweis. Fehlende Vereine Spielverbot.

Berhandlungsausschuß, 20 Uhr.

Saasung Sportgenosse Zagon (Fanal-West) und Jengen.

Fichte-Wanderpartie

Sonntag, den 14. Februar, abends im Heim der Turnier. Dienst-tag, den 16. Februar, Reiseerlebnisse aus fernen Ländern. Dienst-tag, den 23. Februar: Die Nazis und ihr Programm. Dafür viel Propaganda machen.

Arbeiter-Box-Klub „Sparta“ 1931

Jeden Mittwoch und Sonnabend, von 20—22 Uhr, Box-Training in der Sportchule, Klosterstraße 14. Mitglieder werden noch aufgenommen. Aufnahmegebühren 60 Pfg., monatlicher Beitrag 50 Pfg. Der Boxkampf ist eine starke Verteidigungsmasse für das Proletariat im Klassenkampf! „Rot-Sport“, i. L.: Barinzel.

Die Angst vor Rot-Sport

Der rote Sportmannschaft — die Eisernen Front macht. Mit diesen und ähnlichen Schlagzeilen verurteilt die SPD-Presse, den Vor-satz der „Acht“ Arbeiterportbewegung Sand in die Augen zu streuen, und bemüht sich dabei vergebens, die RSDAP in der „Eisernen Front“ zu verkleinern. So auch die „Schlesische Berg-zeitung“ in ihrer Sonntagsausgabe vom 2. Februar d. J. Die Redaktion hat aber eine Rückkehr eines Loden-Berichts Rot-Weiß Breslau zum ASV. Das in Wirklichkeit davon ist, das haben wir ja schon in unserem Sportteil berichtet. Von Rot-Weiß sind 20, von Schwarz-Weiß ganze vier Mann abgepflegt. Dem Sekretär der Sozial-faschistischen „Bergzeitung“ empfehlen wir, sich im Zukunft besser zu orientieren und nicht so „gelehrig“ drauflos zu schreiben. An der Schreibweise der Hindenburg-Löbe Zeitschrift muß man, daß die Ver-sammlungen derselben damit rechnen, daß ihre Leser ein solches „Brenn“ vor dem Schmelz haben. Das sie tatsächlich damit rechnen beweist doch folgendes:

In Nr. 247 der „Bergzeitung“ vom 21. Oktober 1931 verurteilt die-mit „Arbeiter um Rot-Sport“; daß der von der 4. Bezirksleitung sozial-einstimmig gefaßte — D. B.) Ausschluß Rüggers gegenwärtig war und vom Kreisvorstand in Breslau einstimmig abgelehnt wurde, daß dem Genossen Rügger keine Verantwortung zugeordnet wurde. (Schluß des Kreisvorstandes des 14. Kreises.)

In derselben „Bergzeitung“ schreiben sie am 22. November d. J. 1931 in gleicher Sache folgendes:

Max Rügger (Waldburg) aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund ausgeschlossen

Der Kreisvorstand des 14. Kreises hat einstimmig beschlossen, in den früheren Presseberichten des 4. Fußballbezirks vom 14. Kreise aus dem Bunde auszuschließen. Alle Versuche des Kreisvorstandes, durch einen gütlichen Vergleich mit Rügger die Verhältnisse gegenüber dem 4. Fußballbezirk aus der Welt zu schaffen, sind wider an dem Ver-suchen von Max Rügger gescheitert. Der Austritt von Rügger aus dem Verein kann nicht genügen, da verhindert werden muß, daß in anderen Vereinen weitere Schäden entstehen

des 14. Kreises.

Zurückgehende Gegenstände in ein und derselben Zeitung bemerken deutlich, daß man in der „Bergzeitung“ neben dem „Eisernen Front“ der Partei auch mit der Verantwortlichkeit derselben rechnet. Sehr deutlich werden auch die tieferliegenden Verhältnisse in den Sportberichten der „Bergzeitung“ vom 2. und 9. Februar. Mit dem vorigen Geheimkammerbericht über die Bezirksleitung ihre Klammern zu verbinden. Wir glauben gern, daß es ihr fatal ist, weil auch in ihrem Verein die Mitglieder den Mut gefaßt haben, sich ihre Führer auch einmal „bei Tage anzusehen“. Sie diese Führer auslesen, so-wie sie doch die Tatsachen, daß ein Mitglied noch am Sonntag vor-mittag mit allerlei Verdrehungen versucht hat, einige Spieler von dem Solidaritätsspiel mit Stern-Zirkau abzubuchen. Diese Führer scheuen sich auch nicht, zu erklären, daß sie versuchen werden, dem einen berechtigten Genossen aus der Arbeit zu bringen. Recht eigen-artig ist es doch, daß Sportler, solange sie ihren Führern im Verein

nicht zueinander handeln, nicht als Nazi erkannt werden, sondern erst dann, wenn sie mit ausgeschlossenen spielen. Eine derartige Demagogie kann man auch nur von solchen Reformisten verlangen, die im 4. Bezirk an der Leitung sind. Ihren Klassenhaß und ihre Abscheu vor dem roten Sport haben sie nicht verhehlt, indem sie schreiben: „Der rote Einheitsfront wird an der Eisernen Front zerbrechen.“ Wenn sie weiter schreiben: „Die Leitung des 4. Fußballbezirks wird ein maßvolles Auge haben und jeden Versuch zur Spaltung ohne Rücksicht zurückweisen“, so geben sie offen zu, daß sie im Fall Rügger gefaßt haben und sie selbst die Spalter sind. Daß Spaltung ein Ergebnis der Reformisten ist, beweist doch der Fall Stern-Zirkau kontra Rot-Weiß Breslau. Auf der einen Seite schlägt man Stern-Zirkau aus, weil sie mit Rot-Weiß gespielt haben, und auf der anderen Seite schließt man mit diesen Armen denselben Verein Rot-Weiß in die eigenen Reihen auf. Ein Beweis mehr, wie die Spaltungsarbeit in der Arbeiterbewegung von den „Eisernen Front“-Sozialisten demago-gisch betrieben wird.

Der ungeschickte Pöbel und Dummheit haben sich die Anzeichen für die Spaltung der Einheitsfront aller westlichen Sportler. Die Reformisten sind es im bürgerlichen oder reformistischen Lager, herden auf, wenn die roten Sportler in ihrer Arbeit für die rote Sportfront zu kämpfen und Erfolg an Erfolg sehen. Die Sozialfaschisten werden im in allen Situationen und nehmen Rührung mit den roten Sportlern, während die bürgerlichen Gegner nicht weißt, was sie ihrem Orkan zu tun machen sollen. Aus Mangel an Argument, u vertritt gerade die bloße Dummheit, der ein unüberwindlicher Idealismus in den Köpfen der roten Sportler herrscht gegenübersteht. Der unver-antwortliche Vorwärtler unterer Bewegung hat die Kurzfristigen auf-gefordert, Beschlüsse zu fassen zwischen dem Niedergang der eigenen Bewegung einerseits und der aufstrebenden roten Sportbewegung andererseits. Die Massenbewußten, kampfbereitigen und kampfbemühten Arbeiter in den gegnerischen Lagern beginnen zu erkennen, daß der am besten Platz befindlichen Faschisierung eine geschlossene Front auch im Sport gegenübergestellt werden muß. Und noch mehr wird erkannt, daß diese geschlossene Front unter der reformistischen Führung nur gehemmt, nie gebrochen wird.

Die durch die Ausbeutung (Lohnabbau, Kürzung der Bezüge, Erhöhung der Bürgersteuer usw.), Faschisierung, Unterdrückung und die Methoden der Unterdrückung der werktätigen Bevölkerung sowie heutzutage, herbeigeführte Verelendung der Massen trägt merklich dazu bei, den denkenden Arbeitern die Augen zu öffnen.

So wird auch der Sportbewegung der Begriff des Einheitsfrontes verstanden. Sportliche Betätigung und Arbeitsbeschäftigung! Stählung des Körpers! Bietet das herrschende System die Gewähr dafür, daß der Arbeiter die Vereinsbeiträge aufbringen kann? Kann darüber hinaus der Werktätige die Mittel zur Beschaffung der zur Ausübung des Sportes notwendigen Ausrüstung aufbringen? Nur unter Auflegung großer Opfer. Leid wird auch der letzte Duff vertragen, und viel-leicht zu spät begreift so mancher Arbeiter und Arbeiterportler die Sinn der ersten Zeile der Internationale:

„Macht auf, Verdammt dieser Erde!“

Über Lohntarife und Gewerkschaft

Ein Jahr „Einheitsverband der Bergarbeiter“ in Niederschlesien

Unter den niederschlesischen Kumpeln, unter jenem Teil der Bergarbeiter, der schon seit Bestehen des Bergbaus zu den niedrigsten Löhnen schuftet, nährte und brodelte es schon lange gegen die bürokratische Bürokratie der reformistischen, christlichen und kirchlichen Gewerkschaften, die — unterstützt durch die sozialdemokratische Pöbelpropaganda genannt „Bergwacht“ — ihre Hauptaufgabe darin gesehen hat, immer wieder die Bergarbeiter den Profitinteressen der Grubengewaltigen auszuliefern und die Streikämpfe der Bergarbeiter mit allen gemeinen Mitteln zu verraten. Der Verrat der Bürokratie gegen die Kumpeln häuft sich seit 1928 immer mehr. Damals kämpften die Kumpeln zum erstenmal gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie. 3 Wochen standen sie im Streik gegen das

Jeder Pfennig

auf die Sammellisten der KPD. ein Geschloß gegen die „Eiserne Front“ und alle Kandidaten der reaktionären Front von Wels bis Sittler!

profitgierige Unternehmertum. Dieser Streik wurde von der Gewerkschaftsbürokratie erdolcht. Ein Teil der Mitgliedschaft in den reformistischen Gewerkschaften kämpfte gegen die Bürokratie an und schloß den Bergbauindustrieverband aus dem reformistischen Kampf zu befreien, um ihn wieder zu einer Organisation für die Kämpfe der Bergarbeiter zu gestalten. Doch der Bürokratie waren diese ehrlichen Klassenbewußten Kumpel unbehagen, und auf Grund des „Statuts“ hagelte es Ausschüsse über Ausschüsse.

Der Haß gegen die Träger dieser Verräterpolitik unter den Kumpeln wuchs und führte zum offenen Ausbruch des Kampfes, als im Januar 1931 die Gewerkschaftsbürokratie auf Grund freiwilliger Ermahnungen mit dem Unternehmer mithalf, die Hungerlöhne der Kumpeln um 5 Prozent zu kürzen. Am 8. Februar 1931 krönten zahlreiche Delegierte, beauftragt von dem revolutionären Teil ihrer Belegschaften, aus allen Zechen des Waldenburger Kohlenreviers zusammen und waren von den Belegschaften beauftragt, nach dem Vorworte ihrer Kameraden im Ruhrgebiet zu handeln und die Gründung eines roten Bergarbeiterverbandes vorzunehmen. Die Konferenz war sich bewusst, daß, wenn die Lebensinteressen der Kumpeln gewahrt werden, die Bergarbeiter nicht vollständig durch die Willkür der Unternehmerrschafft und unter Mithilfe der reaktionären Bürokratie der Verelendung preisgegeben werden sollten, es historische Notwendigkeit war, wieder die rote Fahne des revolutionären Klassenkampfes für die Tagesforderungen der Bergarbeiter und darüber hinaus für die Bekämpfung des Lohnsystems und den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben. Der Bergarbeiterverband mußte eine revolutionäre Führung gegeben werden, die bei jeder Situation entschlossen und mutig für die Lebensinteressen der Kumpeln eintritt. Diese Führung konnte nur der „Einheitsverband der Bergarbeiter“, aufgebaut auf den revolutionären Theorien von Karl Marx und Lenin, sein. Der CVBD. sieht jetzt auf sein einjähriges Bestehen zurück. Er hatte viele Fehler und Hindernisse zu überwinden. Doch das Wichtigste ist, daß er im Feuer des revolutionären Klassenkampfes hart und fest geworden ist. Bei allen Gelegenheiten hat er den Kumpeln bewiesen, daß nur er allein berufen ist, die Massen der Bergarbeiter um sich zu sammeln und sie zum Kampf gegen die Angriffe der Unternehmer, für bessere Lebensbedingungen zu führen. Im Kampf gegen „Bierhausplan“ und Lohnraub im Oktober, gegen die Durchführung der Rotverordnung mit ihrem abermalig 10prozentigen Lohnraub im Januar 1932, bei den durchgeführten Massenentlassungen im Waldenburger Revier, bei dem Kampf der Belegschaft der Wenzelsgrube um die Wiederherstellung ihrer Zechenstand der CVBD. an der Spitze der kämpfenden Belegschaften und hat allen Kumpeln den Weg gewiesen, den sie beschreiten müssen, um nicht in falscher Scheinfront unterzugehen.

Die Aufgabe der niederschlesischen Bergarbeiter ist es, ihren roten Verband zur einzigen Gewerkschaft in Niederschlesien zu machen, ihn zu unterstützen und bei allen Situationen sich fester, entschlossener um ihn zu scharen. Unter seiner Führung müssen die Bergarbeiter die Kämpfe gegen Unternehmertum, gegen die reformistische Bürokratie im KPD, im christlichen und kirchlichen Gewerkschaften organisieren und durchführen bis zur endgültigen Beseitigung des Lohnsystems und zur Errichtung des Sozialismus.

Raubbau auf der Melchiorgrube

Die höchste Todeszahl durch Unfälle — Mißstände werden nicht beseitigt

Die Melchiorgrube steht auf dem Aussterbeort. Das weiß die Familie Belegisch. Der ganze Betrieb ist nur auf Raubbau eingerichtet, man will nur noch herausholen, was irgendwie noch herauszuholen geht. Alle Ausbesserungsarbeiten und Vorrichtungsarbeiten werden auf lange Sicht gänzlich eingestellt. Alles was nicht unmittelbar mit der Kohlenförderung zusammenhängt, wird vernachlässigt. Bergbau, Streckenausbau, Unfallverhütung und hygienische Einrichtungen sind unter aller Sau und Spott jeder Beschreibung.

Die Bergbehörde ist fast jeden Tag auf der Grube, aber geändert wird nichts. Welche Stellung die Behörde zu all diesen Dingen einnimmt, bewies die vor kurzem stattgefundene Sitzung der Bergbehörde mit dem Betriebsrat, unter Weisung der Direktion. Es war ein Jammerpiel, was sich die Direktion und Bergbehörde gegen die Vertreter der Arbeiter leisteten.

All die Mißstände, die von den roten Betriebsräten angeprangert wurden, wurden von der „Bergbehörde“ beseitigt, um ein Mal wieder auf die wirtschaftliche Lage anzukommen. Man hatte den Eindruck, als ob nicht die Direktion, sondern die Bergbehörde für die Profite der Aktionäre verantwortlich sei. Wenn die „Bergbehörde“ bei einer Befahrung wirklich einmal zweifelt, dann ist ihre Schimpfkanone gegen die unteren Belegschaften gerichtet, die ja zu diesen Dingen von der Direktion getrieben werden, wenn sie nicht „unfähig“ sein wollen. Die Melchiorgrube hat im Prozentverhältnis zu ihrer Belegschaft gegenüber anderen Gruben des Waldenburger Kohlenreviers, die höchste Todeszahl durch Unfälle.

Massenentlassungen im Waldenburger Kohlenrevier

Auf der Fürstensteingrube 98 Kumpeln gekündigt — Kämpft gegen die Massenentlassungen unter Führung des CVBD.

Am 3. Februar wurde auf der Fürstensteiner Grube in Waldenburg 98 Kumpeln gekündigt. Die Androhungen der Verwaltung, alle jene Kameraden, welche durch den Grubenbrand auf Tiefbau um ihren Arbeitsort gekommen sind, zu entlassen, sollen jetzt wahr gemacht werden.

Der Grubenbrand wurde von der Verwaltung der Fürstensteiner Grube verschuldet. Seit Jahren wurden in diesen gefährdeten Orten alle Sicherheitsmaßnahmen außer acht gelassen. So trat die Katastrophe unabwendbar ein.

Nun erklärt die Direktion einfach: „Für die Kumpeln ist keine Arbeit vorhanden.“ Dabei wird diese Katastrophe von der Direktion zum Anlaß genommen, jetzt unter der Belegschaft zu schießen. Nur solche Kameraden sind gekündigt worden, die nicht alle Antreiber- und Ausbeutungsmethoden der Beamten widerstandslos über sich ergehen ließen.

Der reformistische Betriebsrat auf dieser Zeche kümmerte sich — trotz aller Beschwerden der Kumpeln über die verschiedensten Mißstände — nicht im geringsten darum. Getreu seiner alten Tradition, ja nichts zu unternehmen, was nicht das Wohlwollen der Verwaltung findet, lassen ihn auch jetzt diese Massenentlassungen kalt. Für alle Kameraden, die jetzt zur Kündigung gekommen sind, könnte Arbeit

geschaffen werden, wenn nicht infolge der Profitgier der Unternehmer fast alle Vorrichtungsarbeiten auf dem Tiefbau und Bahnschacht eingestellt oder nur sehr langsam vorwärtsgetrieben worden wären, weil dieselben eben keinen Profit bringen. Nun tragen sich diese famosen Betriebsräte mit dem Gedanken, der Belegschaft als Alibi die Einführung des „Bierhausplanes“ zu empfehlen (!).

Kameraden, der „Bierhausplan“ bedeutet für euch erneuten Lohnraub, durch ihn werdet ihr noch weiter um Urlaub und Deputatlohn betrogen, laßt euch von diesen Leuten nicht einfangen, sondern sorgt, daß dieser Betriebsrat bald in die Verenkung verschwinden muß, indem ihr durch geschlossene Aktionen den Rücktritt und Neuwahlen erzwingt. Schart euch fest um den CVBD. und organisiert unter seiner Führung den Kampf gegen die Massenentlassungen.

Neue Betrugsmanöver der reformistischen Bürokratie

Hoffmann, der Sekretär des BAW. Niederschlesien, verhöhnt die Bergarbeiter

Am Sonntag, dem 7. Februar, tagte in Essen die Hauptversammlung des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes. Dort hatten sich die auserlesenen Bergarbeiterverräter zusammengesunden, um zu beraten, wie sie neue Betrugsmanöver erfinden könnten, um die Bergarbeiter erneut von der Organisation der Kämpfe um Brot und Arbeit abzugolten und die bankrotte Wirtschaft der Kapitalisten vor den drohenden Angriffen der Bergarbeiter zu retten. Auch haben sich diese Herrschaften über die geeigneten Betrugsmanöver zur Erhaltung ihres immer kleiner werdenden Mitgliederstandes unterhalten.

Hoffmann stellte die Forderung „Verstaatlichung der Bergwerke“ auf. Diese Forderung soll neue Illusionen in den Köpfen der Bergarbeiter wecken. Hoffmann rechnet damit auf die Vergeßlichkeit der Bergarbeiter. Er rechnet damit, daß die Bergarbeiter bereits vergessen haben, daß es gerade Hoffmann und seine Kumpane waren, die schon einmal die Bergarbeiter mit den Maschinengewehren dieses „sozialen Volksstaates“ niederschlagen ließen. Das war im Jahre 1921. Hoffmann verkündete, daß auf den verstaatlichten Zechen der „Brottag“ die Kumpeln genau zu solch elenden Hungerlöhnen schufteten, und dort genau so ausgebeutet werden, wie in der privaten Kohlenindustrie.

Der Sozialismus der Hufemänner

Die Arbeiter haben erkannt, daß die Hungerlöhne und die verheerendste Ausbeutung nicht dadurch beseitigt werden können, daß die Bergwerke in die Hände dieses kapitalistischen Staates gelangen. Die Kumpeln werden gegen den Lohnraub und für die wirkliche Sozialisierung der Bergwerke durch die Arbeiter kämpfen.

Auch der — den niederschlesischen Kumpeln bekannte — Unternehmernecht Hoffmann, wohlbestallter Sekretär des BAW., der sich in seiner Selbstüberhebung einbildet, er wäre der Führer der niederschlesischen Bergarbeiter, hat in der Hauptversammlung des BAW. in Bochum aufgezeigt, daß durch die Einführung des „Bierhaus-Planes“ in Niederschlesien die Sozialisierung bereits durchgeführt sei. Nach seiner Ansicht wurde das Elend aus den Wohnungen der niederschlesischen Kumpeln seit der Einführung vertrieben. In Bochum verhielt er sich sogar zu der Behauptung, daß die Kumpeln den „Bierhaus-Plan“ als einen großen Fortschritt (!) bezeichnen und dem BAW. dankbar seien, daß gerade er diesen schändlichen Lohnraubplan eingeführt habe. Hoffmann verhielt sich sogar so noch weiter. Er erklärte, daß sich infolge des „Bierhaus-Planes“ die Beindlichkeit der Bergarbeiter so gebessert hätte, daß im Waldenburger Revier fast keine Bergarbeiter mehr trant seien. Wir glauben gerne, daß die Kumpeln nicht feiern, weil sie infolge der Hungerlöhne und des Lohn-

raubes gerade durch den „Bierhaus-Plan“ gar nicht in der Lage sind zum Feiern, da sie sonst mit ihrer Familie vollständig der Verelendung verfallen. Nur deshalb sträubt sich jeder Kumpel, den Krankenschein zu nehmen und schießt sich eben solange zur Zechen, solange es eben nur geht.

Hoffmann erklärt: „In Niederschlesien die Arbeitslosigkeit überwunden!“

Weiter erklärte Hoffmann: „In Niederschlesien sei unter den Bergarbeitern die Arbeitslosigkeit infolge des „Bierhaus-Planes“ überwunden.“ Nicht erklärt hat Hoffmann, daß auf der Fuchsgrube die Massenentlassungen trotz des „Bierhaus-Planes“ weitergehen. Oder weiß Hoffmann nicht, daß erst am 1. Februar auf der Fuchsgrube 35 Kameraden gekündigt wurden, und daß die Zahl der beurlaubten Kameraden von Monat zu Monat steigt.

Die Bergarbeiter Niederschlesiens wissen, daß der „Bierhaus-Plan“ ein gutes Geschäft für die Kapitalisten ist. Sie wissen, daß ihnen durch den „Bierhaus-Plan“ die Löhne um 16 Prozent gekürzt werden, daß sie um ihren Urlaub und in der Deputatlohn betrogen werden. Hoffmann weiß allerdings nicht, daß die Kumpeln während des Feiertags buchstäblich am Verhungern sind, weil sie mit den paar Pfennigen, der halben Arbeitslosenunterstützung, nicht leben können.

Die Kumpeln werden auch hier den Parolen des CVBD. folgen und den Kampf organisieren, bis der „Bierhaus-Plan“ beseitigt ist und bis Hoffmann vom BAW. gezwungen ist, seinen Verturlaub anzutreten, aber nicht nur für einen Monat!

Mißstände, die Katastrophen nach sich ziehen können

Im Tagesbetrieb des Hans-Heinrich-Schachtes ist ein Steiger angestellt, welcher glaubt, durch besondere Sparsmaßnahmen die Profite der Niebag steigern zu müssen. Wir wollen heute einmal einen solchen Mißstand der Öffentlichkeit unterbreiten.

Wie auf allen Schachtanlagen, so besteht auch auf Hans-Heinrich eine Markenkontrolle. Wenn dort mal bei laufenden Schichten etwas nicht stimmt, werden die Markenkontrollanten vom Steiger zur Verantwortung gezogen. Anders ist es aber an Sonntagen.

Meistens müssen an Sonntagen in der Grube größere Reparaturarbeiten durchgeführt werden, so daß eine größere Anzahl Kumpeln an diesem Tage einziehen. Also müßte auch die Markenkontrolle an Sonntagen besetzt sein. Dem ist aber nicht so.

Die Niebag hat sich da eine Grubenpolizei zugelegt, die aufpassen muß, daß nicht mal ein Kumpel ein Stückchen Abfallholz mit nach Hause nimmt. Diese Grubenpolizei (Oktus) wird von einem Privatunternehmer gestellt. Sonntags werden dann diese Oktus in die Markenkontrolle bestellt. Dafür müssen Montags die Markenkontrollanten doppelte Arbeit leisten, damit sie alle Sonntagschichten nachtragen. Wer übernimmt hier die Garantie der Richtigkeit?

Dies wäre alles noch nicht das Schlimmste. So aber müssen diese Oktus auch noch ihren Wachdienst verrichten. So zum Beispiel müssen sie bis nach dem Hochwaldschacht, um dort den neuen Verteilator zu kontrollieren. Durch ihre Kontrollgänge kommt es vor, daß sie oft stundenlang von der Zeche abwesend sind. Nun könnte es sehr leicht eintreten, besonders bei dieser verschärften Antreiberei, daß ein

Betriebsarbeiter!

Zeichnet am Lohntag auf die Sammelliste für den Wahlfonds der KPD!

Kumpel schwerverletzt zutage gebracht wurde. Kein Mensch wäre in diesem Falle vorhanden, der das Krankenauto bestellen würde, weil alle Räume abgeschlossen sind. Bis der Oktus wieder erscheint, könnte der Verletzte längst verblutet oder alle Hülfe zu spät sein.

Genau so ist es mit der Befragung der Badelawe. Auch dort wird des Sonntags während die Kameraden unter Tage beschäftigt sind, kein Badewärter bestellt. Jedoch sind gerade die Badewärter als Heilgehilfen ausgebildet und sie müßten vorhanden sein, um einen Verletzten die erste Hilfe zu erteilen.

Herr Steiger Gumbertmann, wie stellen sie sich zu dieser Angelegenheit. Sorgen sie hier für Abhilfe, sonst wären wir gezwungen, die Bergbehörde auf diese Mißstände aufmerksam zu machen.

Dies stellt die Bergbehörde fest, aber Maßnahmen zur Verhütung dieser Unglücke werden nicht durchgeführt, da sonst die „Wirtschaftlichkeit“ des Betriebes in Frage gestellt sei. Die hohe Zahl der Förderunfälle ist durch die „Hast und Schnelligkeit der heutigen Zeit bedingt“, so erklärt der Bergrat Berger.

Auf Eintragungen der Betriebsräte ins Jahrbuch wird überhaupt nicht mehr reagiert. Als ein roter Betriebsrat im Jahrbuch auf Mißstände aufmerksam machte, die von ihm bei mehreren Befahrungen festgestellt, aber nicht abgestellt wurden, bemerkte er im Jahrbuch: „Die Eintragungen sind wohl zur Kenntnis genommen, aber noch nicht berücksichtigt worden.“ Da schrieb der Berginspektor Päsler dahinter: „Das ist auch nicht immer nötig.“

Dabei handelt es sich um Dinge, die jeden Tag zu Unfällen führen können.

Die Bergbehörde hat gegen diese Bemerkungen eines früheren Grubenbeamten nichts einzuwenden.

In den Werkstätten, Schiebehäusern, Klostelanlagen, feilen Fensterheben, eisiger Wind pfeift durch, aber Direktion und Bergbehörde denken nicht daran, die Mißstände beseitigen zu lassen. Man legt auf dem Standpunkt, es ist schade um jeden Pfennig, den man noch in diesen bankrotten Betrieb steckt, aber die Profite für die Aktionäre werden auf Kosten der Kumpeln noch weiter heugeshunden.

Die Kumpeln der Melchiorgrube müssen sich bewußt sein, daß all diese Mißstände nur beseitigt werden, durch konsequenten einheitlichen Kampf, unter Führung der roten Betriebsräte und des CVBD.

